GEW BERLIN
68. (83.) JAHRGANG
NOVEMBER 2015

bbz

Berliner Bildungszeitschrift

Ausbildung für alle

SCHULE
Viel zu tun in den Willkommensklassen

SOZIALPÄDAGOGIK
Gute Ernährung ist möglich

HOCHSCHULE
Eine Gipfelbilanz

INHALT

Leute | Standpunkt | kurz & bündig | Redaktionelles | Impressum ... 3-5

TITEL

Zu viele bleiben auf der Strecke ... 6

Vielfältige Herausforderungen in der beruflichen Bildung *S. Radtke* ... 7

Niemand soll verloren gehen *H. Hannemann* ... 9

Berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion *A. Klinger* ... 11

SOZIALPÄDAGOGIK

Gute Ernährung ist machbar *M. Triebe* ... 14

Familienhilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit *J. Metzner* ... 16

Berliner Kitabündnis macht mobil *A. Müller* ... 18

SCHULE

Bessere Rahmenbedingungen wären willkommen *J. Zacher / G. Siegel* ... 19

Ist der Wahnsinn nicht wunderbar? *A. Werner* ... 21

Politische Entscheidung – Pädagogische Baustelle *Interview: T. Isensee* ... 22

LEHRERINNENBILDUNG

Gestalten statt verwalten – ein Jahr neues Lehrkräftebildungsgesetz *D. Daniel* ... 24

HOCHSCHULE

Eine Gipfelbilanz *H. Piltz* ... 26

GEWERKSCHAFT

Zeit zum Üben *Anne Leipert* ... 28

Der Regierende am OSZ Lotis *A. Kruschke / J. Zimmermann* ... 28

RECHT & TARIF

Besoldung nicht amtsangemessen *H. Dehring* ... 29

TENDENZEN

Beruf und Pflege – geht das? *K. Miersch* ... 30

Lernen von Hiroshima *U. Scholz* ... 32

SERVICE

Theater und Schule | Aktivitäten | Materialien ... 33

16 SOZIALPÄDAGOGIK Familien in Notlagen stehen heute häufig vor Problemen, die auch SozialarbeiterInnen nicht mehr lösen können. Schuld daran sind auch die äußeren Rahmen- und Arbeitsbedingungen. Die ambulante Hilfe zur Erziehung stößt an ihre Grenzen. Sozialpädagogin Juliana Metzner fordert eine bessere personelle Ausstattung, um den Kinderschutzauftrag sicher erfüllen zu können.

19 SCHULE Die Berliner Senatsverwaltung bekommt bundesweit viel Lob für die schnelle Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Willkommensklassen. Den Lehrkräften, die in den Klassen arbeiten, zeigt sich jedoch ein anderes Bild. Juliane Zacher und Guido Siegel benennen die größten Defizite.

22 SCHULE Den denkbar ungünstigsten Start bei der Gründung einer Integrierten Sekundarschule hatte die Refik-Veseli-Schule in Kreuzberg. Mittlerweile erfreut sich die Schule aber großer Beliebtheit. Schulleiterin Ulrike Becker zeichnet im Interview mit Klaus Brunswicker und Thomas Isensee ein positives Bild der Schulentwicklung.

TITEL: ROBERT KNESCHKE/FOTOLIA; OBEN: LUPO_PIXELIO.DE; MITTE: DIETER SCHÜTZ_PIXELIO.DE; UNTEN: REFIK-VESELI-SCHULE

LEUTE

Houcine Abassi und die KollegInnen des tunesischen Gewerkschaftsdachverbands UGTT werden mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Sie erhalten den Preis als Teil des tunesischen »Quartetts für den nationalen Dialog«, dessen Engagement maßgeblich für den Erfolg der Jasmin-Revolution im Jahr 2011 in Tunesien war. Am Tag des Sturzes des Regimes von Ben Ali beteiligte sich die UGTT, dessen Generalsekretär Houcine Abassi ist, an einem Generalstreik, um gegen das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen den Volksaufstand zu protestieren. Danach war die UGTT entscheidend an der Vorbereitung der Verfassungsreform und an demokratischen Wahlen beteiligt.

Jenny Bühler ist die Gründerin der Facebook-Gruppe »Bayrische Lehrer erobern Berlin«, in der sich mehr als 400 Mitglieder über das Leben und die Schulen in der Hauptstadt austauschen. Fast jede siebte NeulehrerIn stammt aus Bayern. Bühler fremdelt jedoch noch ein wenig mit dem Berliner Schulsystem. So sorgte sich die Berufsschullehrerin gegenüber der Berliner Zeitung um die Förderung »der Guten« im Rahmen der sechsjährigen Grundschule. In Berlin will Bühler dennoch bleiben.

Antje Christmann hat den Deutschen Bundestag darum gebeten, sich der schmutzigen Toiletten in Berliner Schulen anzunehmen. Die Elternvertreterin einer dritten Klasse der Gustav-Falke-Grundschule in Mitte berichtete dem Petitionsausschuss des Bundestages von »gesundheitlich bedenklichen Vorkommen«: »Die Kinder trinken nicht mehr, um nur nicht auf die Schultoilette zu müssen«. Christmann prangert nicht nur die Situation in den Sanitäranlagen an. Auch die Böden und die Schulbänke würden nicht mehr regelmäßig gereinigt.

Robert Ehrlich ist zum Rektor der Hochschule für Musik »Hanns Eisler« bestellt worden. Ehrlich war von 2001 bis 2006 als Studiendekan der Fachrichtung Alte Musik sowie seit 2006 als Rektor an der Hochschule für Musik und Theater »Felix Mendelssohn Bartholdy« in Leipzig tätig. Neben seiner Hochschullaufbahn trat der Blockflötist weltweit als Solist und Ensemblemitglied bei diversen Konzerten und Aufführungen auf.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Mit einem Bein im Knast

Die Arbeit ist längst nicht mehr zu schaffen. Im Jugendamt Mitte wird deshalb der Regionale Soziale Dienst (RSD) in diesem Halbjahr nun schon zum dritten Mal für eine Woche geschlossen. Ein Problem nicht nur in Mitte.

von Andreas Kraft, Leiter des Vorstandsbereichs Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Mittes Bezirksstadträtin für Jugend, Schule, Sport und Facility Management, Sabine Smentek, begründete die radikale Maßnahme damit, dass der RSD im Jugendamt Mitte personell nicht mehr in der Lage sei, seine Aufgaben zu erfüllen. Die Schließwochen seien erforderlich, damit überfällige Aufgaben abgearbeitet werden könnten. Allein in diesem Bereich des Jugendamtes fehlten über 13 Stellen. Die vier Stellen, die das Jugendamt Anfang nächsten Jahres aufgrund der wachsenden Stadt besetzen kann, seien erfreulich, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein, erläuterte Smentek. Die Schließungen kommen einer Kapitulation gleich, die in diesem Fall nicht dem Jugendamt und den dort beschäftigten KollegInnen vorzuwerfen ist. Diese bewegen sich auch ohne Personalmangel in einem schwierigen Arbeitsfeld, das viel Einfühlungsvermögen, Geduld und Verständnis verlangt, um für betroffene Kinder, Jugendliche und deren Familien die bestmögliche Unterstützung zu gewährleisten. Sie müssen vor allem wichtige Entscheidungen über die Herausnahme von Kindern und Jugendlichen aus ihren Familien treffen, um das Kindeswohl zu sichern. Eine schwierige Aufgabe, vor der ich hohen Respekt habe.

Respekt verdienen aber auch die betroffenen Kinder, Jugendlichen und deren Familien. Die KollegInnen bearbeiten im Schnitt 70 bis 80 Fälle - verantwortungsvoll wäre es, wenn sie 28 Fälle betreuen würden. Bildungs- und Jugendsenatorin Sandra Scheeres hatte im März einen Maßnahmenkatalog vorgestellt, der sicherstellen sollte, dass der RSD gute Arbeit leisten kann. Aus dem Katalog geht hervor, dass eine MitarbeiterIn des RSD nicht mehr als 65 Fälle betreuen soll. Diese rechnerische Größe kann mit den geplanten zusätzlichen 70 Stellen – immerhin ein kleiner Fortschritt – ab dem nächsten Jahr nicht erreicht werden. Wir sind nach wie vor weit von einer Grundlage für eine verantwortungsvolle Arbeit in den Jugendämtern entfernt.

In den letzten dreieinhalb Jahren wurden in den Berliner Jugendämtern 124 Stellen abgebaut. Zwischen 2011 und 2014 gab es im RSD somit einen Personalrückgang von fast zehn Prozent. Die Arbeit im Jugendamt ist wegen der schlechten Arbeitsbedingungen und der hohen Verantwortung unattraktiv. Auf einem bezirklichen Jugendhilfetag habe ich KollegInnen von freien Trägern der Jugendhilfe, die sich über ihre Entlohnung beklagten, gefragt, warum sie sich nicht beim Jugendamt bewerben würden, denn da bekämen sie wenigstens den Tariflohn. Sie lehnten einen Wechsel in das Jugendamt aus oben genannten Gründen ab – da stehe man ja mit einen Bein im Knast.

Ein Teufelskreis für das Jugendamt, der nur mit sehr viel Kraftanstrengung durchbrochen werden kann. Es müssen weit mehr Stellen für die Jugendämter bewilligt werden, auch im Hinblick auf die Versorgung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen. Diese sind im Übrigen in der bisherigen Rechnung noch gar nicht berücksichtigt. Nur so kommt das Jugendamt überhaupt wieder in die Lage, eine verantwortungsvolle, gute Arbeit leisten zu können.

250.000 Menschen gingen am 10. Oktober gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA auf die Straße. Die Demonstration, zu der unter anderem auch die GEW aufgerufen hatte, war damit eine der größten seit vielen Jahren. Der bunte Protest sammelte sich am Hauptbahnhof und zog bei strahlendem Sonnenschein durch das Regierungsviertel bis zur Siegessäule. Dort forderte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann als einer der Redner ein Ende der grenzenlosen Deregulierung. *FOTO: JAKOB HUBER*

Geduldete Jugendliche sollen Ausbildung abbrechen

Die GEW BERLIN hat den Stopp der geplanten Asylrechtsverschärfung gefordert. »Die Gesetzesänderung zerstört Bildungs- und Integrationschancen, die in den vergangenen Jahren in mühevoller Kleinarbeit geschaffen wurden«, warnte Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN. Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes sollen Heranwachsenden aus »sicheren Herkunftsstaaten« alle Ausbildungsmöglichkeiten, die über die allgemeine Schulpflicht hinausgehen, verboten werden. Von der Neuregelung wären auch Jugendliche betroffen, die seit vielen Jahren in Deutschland mit einer Duldung leben und ohnehin schon eine starke Bildungsbenachteiligung erleben. »Jugendliche, die bereits eine schulische Ausbildung an einer Berufsschule begonnen haben, müssten diese abbrechen«, erläuterte Erdmann. Neu ankommende Jugendliche »ohne Bleibeperspektive« erhielten von vornherein keinen Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt.

Jugend offen gegenüber Zuwanderung

Die jungen Menschen in Deutschland blicken optimistisch in die Zukunft und sind offener gegenüber Vielfalt und Zuwanderung geworden. Das sind zentrale Ergebnisse der 17. Shell-Jugendstudie, die am 13. Oktober vorgestellt wurde. »Die junge Generation befindet sich im Aufbruch. Sie ist anspruchsvoll, will mitgestalten und neue Horizonte erschließen", bilanzierte Studienleiter Professor Mathias Albert von der Universität Bielefeld die aus seiner Sicht überraschenden Ergebnisse. Erstmals seit den 1990er Jahren beurteilt eine Mehrheit der Jugendlichen (52 Prozent) auch die gesellschaftliche Zukunft optimistisch. 61 Prozent der Befragten blicken optimistisch in die persönliche Zukunft, das sind mehr als in den Jahren 2010 und 2006. Die Zuversicht der Jugendlichen aus sozial schwachen Schichten hingegen stagniert. Die Studie belegt einmal mehr die Bedeutung von Bildung: Jugendliche, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen mussten, haben deutlich schlechtere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden und danach eine geregelte Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Streit ums Kopftuch

Die Berliner SPD sucht nach einer gemeinsamen Linie in der Kopftuchfrage. Nachdem das Bundesverfassungsgericht ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrkräfte abgelehnt hatte, plädieren Teile der SPD, unter ihnen Fraktionschef Raed Saleh, für eine Lockerung des Neutralitätsgesetzes. Dieses verbietet religiöse Symbole im Staatsdienst. Parteichef Jan Stöß hingegen will am Verbot festhalten, bis das Bundesverfassungsgericht eine endgültige Klärung herbeiführt. Der *Berliner Zeitung* gegenüber sprach er sich gegen eine Gesetzesänderung »im vorauseilenden Gehorsam« aus. Für den Parteitag im November liegen bereits mehrere Anträge vor, die fordern, das Neutralitätsgesetz zu verteidigen. Das ebenfalls sozialdemokratisch regierte Land Niedersachsen hatte in Folge des Urteils aus Karlsruhe seine Auslegung des Schulgesetzes geändert und das Tragen des Kopftuches im Unterricht erlaubt.

Einschulung erst mit sechs Jahren

Der Senat plant, den Stichtag für die Einschulung vom 31. Dezember auf den 30. September zu verschieben. Kinder sollen ab dem Schuljahr 2017/18 also erst mit sechs Jahren eingeschult werden. Bisher galten sie auch schon mit fünf Jahren als schulreif, wenn sie noch bis Ende des Jahres ihrer Einschulung ihren sechsten Geburtstag hatten. Schulsenatorin Sandra Scheeres machte deutlich, dass die Entscheidung besonders auf den Druck der bürgerlichen Kreise zurückgeht, die vor einigen Jahren noch auf die Früheinschulung gedrängt hatten. Eine zunehmende Anzahl dieser Eltern hatte beantragt, ihr Kind zurückzustellen, also erst ein Jahr später einzuschulen. 6.000 waren es im laufenden Schuljahr. Für das Übergangsjahr 2016/17 soll ein einfacher Antrag für eine Rückstellung ausreichen.

Senat verspricht 10.000 Kita-Plätze

Auch geflüchtete Kinder haben einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Obwohl dieser bisher nur in den wenigsten Fällen beansprucht wird, sind in den Kitas bereits fast alle Plätze belegt. Im Bezirk Neukölln beispielsweise fehlen insgesamt 1.000 Plätze, das zumindest sagte Stadtrat Falko Liecke dem *Tagesspiegel*. Sein Kollege aus Treptow-Köpenick erklärt, in seinem Bezirk seien 90 Prozent der Plätze belegt. Auch die Senatsverwaltung sieht den Bedarf und verspricht, in den kommenden zwei Jahren 10.000 neue Kita-Plätze zu schaffen. Diese Plätze werden nicht nur für die geflüchteten Kinder, sondern auch auf Grund des Wegfalls der

POST AN DIE REDAKTION

»Mein Kopf gehört mir«,
blz Juli/ August 2015

Nahed Selim hat in einer differenzierten Analyse der entsprechenden Koranverse nachgewiesen, dass es im Koran kein eindeutiges Gebot für Tschador, Niquab oder Kopftuch gibt. In den entsprechenden Suren heißt es lediglich, dass Frauen ihren Schmuck »nicht zeigen sollen« und »ihren Schal sich um den Ausschnitt schlagen sollen« (Sure 24, Vers 31). Diese Empfehlung, die nicht als Vorschrift formuliert ist, sollte nur dem Schutz der Frauen in einer patriarchalen Männerwelt dienen. Erst lange nach Mohammeds Tod führte die Ulama, ein konservatives Gremium von Rechtsgelehrten, die Scharia, dann auch Tschador und Niquab als Zwang ein, um die Herrschaft der Männer über die Frauen fest zu verankern. So ist bis heute das Kopftuch nicht nur ein religiöses Kleidungsstück, sondern auch emotional besetzt und ein Zeichen patriarchaler Herrschaft, das die Unterwerfung der Frauen unter dieses System symbolisiert, während für die herrschenden Männer ein solches Symbol als Machtdemonstration gar nicht erst nötig ist. *Claudio Hofmann*

Früheinschulung (s.o.) und der steigenden Geburtenraten nötig. 40 Millionen Euro will der Senat dafür ausgeben. Er hofft zudem auch auf Mittel, die mit dem Ende des Betreuungsgeldes frei werden.

Grüne sehen Etikettenschwindel

Bis zu 20.000 Euro jährlich soll jede öffentliche Berliner Schule künftig als flexibles Budget bekommen, um kleinere Reparaturen oder andere Arbeiten durchzuführen. Die Grünen bezeichneten die für den Haushalt 2016/17 geplante Maßnahme laut *Tagesspiegel* als »Etikettenschwindel«. Da die zur Verfügung gestellten zehn Millionen Euro aus dem Schul- und Sportstättensanierungsprogramm sowie aus dem Etat für die Vertretungslehrkräfte kämen, sieht die bildungspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Stefanie Remlinger, in dem Programm nichts anderes als eine Umbenennung von Töpfen.

SchülerInnen schwänzen weniger

Erstmals seit Jahren war die Zahl der SchulschwänzerInnen im vergangenen Schulhalbjahr wieder rückläufig. Laut Angaben der Bildungsverwaltung fehlte jedoch immer noch jede fünfte Berliner SchülerIn in diesem Zeitraum mindestens einmal unentschuldigt. Knapp 3.000 Siebt- bis ZehntklässlerInnen fehlten sogar mindestens elf Tage ohne Entschuldigung. Besonders schlimm ist es in Mitte und Neukölln. Den dennoch positiven Trend führt die *Berliner Zeitung* auf die schärferen Strafandrohungen zurück, die inzwischen Wirkung zeigten. So übermitteln die Schulen den Bezirken mittlerweile bereits nach fünf aufeinander folgenden, unentschuldigten Fehltagen eine Schulversäumnisanzeige, die empfindliche Geldstrafen zur Folge haben kann.

Aktiv gegen Salafismus

Der Senat will Lehrkräfte beraten, wie diese mit einer religiösen Radikalisierung ihrer SchülerInnen umgehen können. Das Landesinstitut für Lehrerfortbildung (LISUM) hat daher ein neues Fortbildungsprogramm mit dem Titel »Aktiv gegen Salafismus und Antisemitismus« auf den Weg gebracht, an dem sich 25 KollegInnen aus 15 Schulen beteiligen. Das Modellprojekt bietet sechs pädagogische Werkstätten zu Themen wie »Geschlechter und Rollenbilder im Salafismus« oder »Salafismus als Jugendkultur begreifen«.

Überraschende Ergebnisse

Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) kommt zu dem Ergebnis, dass es die soziale Schieflage am Gymnasium nicht verschärft, wenn Eltern über die Schule ihrer Kinder entscheiden dürfen. Der Untersuchung des Soziologen Marcel Helbig zufolge wechselten weniger Kinder aus bildungsnahen Familien aufs Gymnasium, wenn die Eltern anstelle der Schulen entscheiden konnten. Helbig, der sich von den Ergebnissen selbst überrascht zeigte, untersuchte vier Reformen von Übergangsempfehlungen, darunter die Fälle Niedersachsen 1978/79 und Rheinland-Pfalz 1984/85, wo die bindenden Empfehlungen abgeschafft wurden.

ÜBRIGENS

Ganz schön an die Nieren geht es, wenn die eh schon kleine Redaktion durch Urlaub und Krankheit auch noch fast um die Hälfte reduziert wird. Wir haben es trotzdem irgendwie geschafft, die Arbeit zu machen. Vor allem auch dank unseres geschäftsführenden Redakteurs Markus, der die Redaktionssitzung tapfer durchgehalten hat, obwohl er eigentlich auch dringend ins Bett gehörte! All das, damit ihr eine interessante, ansprechende Zeitschrift erhaltet. Ich hoffe, das Ergebnis unserer Mühen gefällt.

Es ist bald wieder an der Zeit für uns, das letzte Jahr Revue passieren zu lassen. Die Redaktion fährt wie jedes Jahr im Herbst auf Klausur, um ihre Arbeit zu evaluieren. Wir besprechen, was gut gelaufen ist, was eventuell anders laufen sollte und planen für das nächste Jahr.

Wenn unsere werte LeserInnenschaft Anregungen für Inhalte oder Gestaltung der *bbz* für das Jahr 2016 hat oder uns schon immer mal etwas sagen wollte, so wäre jetzt der perfekte Zeitpunkt dafür. Dann nehmen wir eure Ideen mit auf die Klausur. Schreibt uns an bbz@gew-berlin.de. Wir würden uns darüber freuen. *CMdR*

TITELTHEMEN für die bbz im ...

JANUAR: »Reform der Lehrkräfteausbildung«, Redaktionsschluss am 26. November 2015.

IMPRESSUM

Die **bbz** ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Josef Hofman, Manuel Honisch, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Vanessa Stahl (Assistenz).
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 12 vom 1. November 2013
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/ Jürgen Brauweiler, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, E-Mail info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin

ISSN 0944-3207 11/2015: 26.660

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Änderungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der bbz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

FOTO: GOODLUZ/ FOTOLIA

ZU VIELE BLEIBEN AUF DER STRECKE

Ausbildung für alle« lautet unser Titel. Das ist schon lange eine gewerkschaftliche Forderung, die Realität sieht aber leider deutlich anders aus. Allzu viele junge Menschen bleiben momentan immer noch unversorgt auf der Strecke, verlieren teilweise Jahre in Überbrückungsangeboten.
In unserem Leitartikel beschreibt Stefan Radtke die schwierige Situation dieser Jugendlichen auf der mühsamen Suche nach einem Ausbildungsplatz. Die neu gegründeten Jugendberufsagenturen und Berufs- und Studienorientierungs-Teams haben im Oktober ihre Arbeit aufgenommen, um die jungen Menschen zu unterstützen. Das alleine wird aber noch lange nicht reichen, um die verschiedenartigen Probleme zu lösen. Ihre Suche wirklich zu einem erfolgreichen Ende zu führen, sodass niemand auf dem Weg verloren geht, ist eine Mammutaufgabe. Nicht zuletzt muss es einfach auch genügend Angebote für Ausbildungsplätze geben.

Hartmut Hannemann macht in seinem Artikel deutlich, warum gerade auch die vollzeitschulischen Ausbildungsgänge für die Förderung und Integration aller Jugendlichen eine große Rolle spielen. Er erklärt, warum die Fokussierung der Politik auf die duale Ausbildung falsch ist. Viele SchülerInnen, die er unterrichtete und die sich um duale Ausbildungsplätze bewarben, wurden von den Betrieben wegen mangelnder Ausbildungsreife abgelehnt. Die vollzeitschulischen Ausbildungsgänge waren für sie eine wichtige Chance.

Eine Ausbildung für alle zu fordern bedeutet auch, darüber nachzudenken, welche Herausforderungen sich einer inklusiven Berufsbildung stellen. Ansgar Klinger stellt das gerade beschlossene Positions- und Argumentationspapier des Hauptvorstandes der GEW zum Thema vor.

Vielfältige Herausforderungen in der beruflichen Bildung

In Berlin gibt es jetzt Jugendberufsagenturen. Unter dem Motto »Kein junger Mensch soll verloren gehen« will der Senat den Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung systematisieren. Das allein wird aber nicht reichen, damit alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten.

von Stefan Radtke

Fast die Hälfte aller BewerberInnen auf einen Ausbildungsplatz in Berlin ging letztes Jahr leer aus. Bei 21.000 BewerberInnen wurden nur rund 12.000 betriebliche Ausbildungsverträge abgeschlossen. Viele dieser jungen Menschen kamen erst einmal »woanders unter«, in Förder- und Berufsorientierungsmaßnahmen, in vollzeitschulischen Ausbildungsgängen – wo auch immer. Allerdings blieben auch 1.500 von ihnen gänzlich unversorgt. Ein beängstigender Zustand!

Der Ausbildungsmarkt stellt sich, nicht nur in Berlin, sehr unbefriedigend dar. Zu viele Jugendliche und junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, finden keinen. Andere wiederum sind nach kurzer Zeit unzufrieden und brechen ihre Ausbildung ab. So verbringen viele junge Menschen viel zusätzliche Zeit im Bildungssystem, bevor sie schließlich eine Berufsausbildung abschließen. Auf der anderen Seite suchen Betriebe Nachwuchskräfte. Ihrer Meinung nach gibt es zu wenig geeignete BewerberInnen. Fünf Prozent der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen blieben letztes Jahr unbesetzt.

So arbeiten die Jugendberufsagenturen

Dieses Problem soll jetzt mit Hilfe der Jugendberufsagenturen angegangen werden. Mitte Oktober öffneten in vier Berliner Bezirken die ersten ihre Pforten. Weitere sollen nach und nach folgen. Sie sollen als Anlaufstelle dabei helfen, junge Menschen und ausbildungswillige Betriebe passgenau, frühzeitig und nachhaltig zusammenzubringen. Neben der Berufsorientierung sind ihre Aufgaben die Beratung und Vermittlung in Ausbildung oder aber Maßnahmen, egal von welchen Anbietern und aus welchen Fördermitteln. Die Betreuungsangebote erstrecken sich dabei auch auf den Bereich der Jugendhilfe, beispielsweise gibt es hier Beratungen zu Themen wie Sucht und Verschuldung.

Die MitarbeiterInnen der Jugendberufsagenturen pflegen Datenbanken. In diesen soll einerseits die schulische und berufliche Vorgeschichte der Jugendlichen gespeichert werden. Auf der anderen Seite beinhalten sie auch die gemeldeten Ausbildungs- und Praktikumsangebote sowie mögliche Fördermaßnahmen. Mit diesen Datenbanken wird die Nachverfolgung eines Jugendlichen auch nach dem Schulabgang möglich. Zurzeit gibt es für 66 Prozent der SchulabgängerInnen keine Informationen über ihren weiteren Werdegang.

Während es einerseits die lokalen Jugendberufsagenturen gibt, die in erster Linie diejenigen Jugendlichen beraten sollen, die nicht mehr in die Schule gehen, soll das Konzept der Jugendberufsagenturen darüber hinaus an den integrierten Sekundarschulen (ISS) direkt umgesetzt werden. Hierzu werden die sogenannten Berufs- und Studienorientierung-Teams (BSO-Teams) eingerichtet. Von diesen Teams sollen die überwiegend schon vorhandenen Instrumente der Berufsorientierung in der Schule organisiert werden. Auch die BSO-Teams sollen die Daten der Jugendlichen erfassen. Ein BSO-Team besteht aus je einer Lehrkraft der ISS und einer beruflichen Schule, die hierfür einige wenige Abminderungsstunden erhalten. Das dritte Teammitglied wird von der Agentur für Arbeit gestellt, zumeist wird es eine BerufsberaterIn sein. Dabei sind Berufs-

RANDGRAFIK S.6-12: TABTHIPWATTHANA, JUNEWIND, THATGUYDESIGN/FOTOLIA, FOTO: ELINOR-OSTROM-SCHULE

beraterInnen auch jetzt schon an den ISS präsent. Jeweils einmal pro Woche soll sich das BSO-Team an der ISS treffen.

Die Jugendberufsagenturen sollen außerdem in begleitender Beratung während der Ausbildung nicht nur Auszubildende, sondern auch Ausbildungsbetriebe beraten. Ein ordnungsgemäßer Ablauf der Ausbildung soll damit gewährleistet werden.

Um sich ein Urteil über die Erfolgsaussichten dieses Projekts der Jugendberufsagenturen bilden zu können, hilft ein Blick auf die derzeitige Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es bereits mannigfaltige Angebote zur Berufsorientierung, Ausbildungsvermittlung und Förderung gibt. Allerdings sind diese zumeist so dezentral organisiert, dass man schnell den Überblick verliert.

BewerberInnen mit MSA haben schlechte Karten

Auch für junge Menschen mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife kann die duale Berufsausbildung attraktiv sein. Gut ein Drittel aller SchulabgängerInnen mit dieser Qualifikation studieren zunächst nicht, sondern haben sich letztes Jahr für eine Berufsausbildung beworben. Mehr als ein Fünftel aller BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz hat Hochschulreife. Eine starke Konkurrenz für alle anderen. 40 Prozent der neuen Ausbildungsplätze wurden am Ende von diesen BewerberInnen besetzt.

Die Katastrophe offenbart sich bei der Betrachtung, wie wenige Jugendliche direkt aus der Sekundarstufe I, also mit MSA oder schlechterem Schulabschluss, einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Die Projektstelle der Jugendberufsagentur hat dies für 2013 ausgezählt. Sie ist auf die klägliche Zahl von 2.600 Jugendlichen gekommen. Das bedeutet, dass nur ungefähr jede sechste mit MSA oder schlechterem Schulabschluss sofort einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten hat. Eine bittere Perspektive für diese Gruppe übriggebliebener junger Menschen!

Außerdem ist festzustellen, dass fast zwei Drittel der BewerberInnen noch aus den Vorjahren stammen. Rund 13.000 junge Menschen haben viel Zeit in einem der vielen Übergangsangebotev verbracht und wollen jetzt wieder einen Ausbildungsplatz ergattern. Das Durchschnittsalter der Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr in Berlin liegt momentan bei 21 Jahren.

Jugendberufsagenturen alleine lösen das Problem nicht

Die Jugendberufsagenturen in Berlin werden auf jeden Fall flächendeckend aufgebaut werden. Wenn dies gelingt, wird die Vielfalt der Angebote für die Jugendlichen, die Lehrkräfte und die MitarbeiterInnen des Jobcenters übersichtlicher sein. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen werden dabei mit Engagement mitarbeiten. Aber es ist klar, dass eine neue Organisationsstruktur nicht reichen wird, um mehr Jugendliche zu einem früheren Zeitpunkt in eine betriebliche Ausbildung zu vermitteln. Die Zahlen belegen ja eindeutig, dass es eigentlich zu wenige betriebliche Ausbildungsplätze gibt! Viele Betriebe möchten sich aber die Kosten für die Ausbildung von Nachwuchs sparen.

Auf Bundesebene hat daraufhin die »Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015-2018«, ein Bündnis aus verschiedenen Ministerien, Wirtschaft und Gewerkschaften, einige Vereinbarungen getroffen. Wirtschaftsverbände verpflichten sich freiwillig mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Über die inhaltliche Qualität dieser Angebotsplätze wird allerdings geschwiegen.

Im Gegenzug verspricht die Bundesregierung, die Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen und die »technologische Anschlussfähigkeit der Berufsschulen« zu verbessern. Es sollen auch »Konzepte zur Gewinnung qualifizierter Fachlehrkräfte« entwickelt werden. Auf dieses Konzept sind gerade wir hier in Berlin sehr gespannt.

Wo liegt das Problem? Richtig: Die Wirtschaftsverbände können ihre Mitgliedsunternehmen nicht dazu zwingen, Ausbildungsplätze bereitzustellen, und die Bundesregierung kann den Ländern keine Vorgaben in Bildungspolitik machen, dies ist nämlich Ländersache.

Das Land Berlin startet 2015 trotzdem einen konzertierten Versuch der Umsetzung dieser Allianz für Aus- und Weiterbildung. Das ist insbesondere auch auf das stetige Engagement des DGB, die Situation der jungen Menschen in dieser Stadt zu verbessern, zurückzuführen.

In der Berliner Vereinbarung versprechen die Wirtschaftsverbände bis 2020 mindestens 1.000 neue Ausbildungsplatzangebote. Das sind 200 Ausbildungsplätze pro Jahr, ein jährlicher Zuwachs von 1,4 Prozent. Jedoch gab es beispielsweise im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 1,7 Prozent.

FOTO: FRIEDRICH-LIST-SCHULE

Im Gegenzug beginnt das Land Berlin mit der aufwendigen Umorganisation der Berufsorientierung und der Ausbildungsvermittlung mit dem Landeskonzept Studien- und Berufsorientierung (BSO-Teams), den Jugendberufsagenturen und dem Projekt »Weiterentwicklung und Stärkung der beruflichen Schulen und OSZ« (Pro WebeSO).

Eine Mammutaufgabe, aber der Aufwand lohnt sich

Bei Betrachtung der Zahlen wird einem das Ausmaß der Mammutaufgabe klar. »Kein junger Mensch soll verloren gehen« und ergänzend müsste es heißen: »Auf den passenden Anschluss kommt es an«. Dies zu realisieren, erfordert von allen Beteiligten, vor allem aber von den BSO-Teams, ein riesiges Engagement, insbesondere einen sensiblen und zugewandten Umgang mit den jungen Menschen und eine ergebnisoffene Beratung. Mit den momentan zur Verfügung gestellten Ressourcen kann dies mittel- und langfristig nicht zur Zufriedenheit gelingen. Hier muss seitens der Verantwortlichen dringend nachgesteuert werden!

Auch die ArbeitgeberInnen sind in einer Bringschuld. Wenn genügend betriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden, wenn die Betriebe bereit sind, mehr SchulabgängerInnen aus der Sekundarstufe I direkt in eine Ausbildung zu übernehmen, wenn die Ausbildungsbedingungen in den Betrieben für die Jugendlichen attraktiv sind und wenn letztendlich dann auch Arbeitsplätze für die FacharbeiterInnen vorhanden sind, dann kann sich der Aufwand durchaus lohnen. ■

Stefan Radtke,
Abteilung Berufsbildende Schulen

Niemand soll verloren gehen

Die Politik stellt auf Druck der Wirtschaft die Bedeutung der beruflichen Vollzeitbildungsgänge in Frage. Gerade diese aber leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung und Integration aller Jugendlichen.

von Hartmut Hannemann

Jedes Jahr zum 1. September das Gleiche: Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, Betriebe ohne geeignete BewerberInnen. Auch Nachvermittlungsaktionen sind nur vereinzelt erfolgreich. Die Unternehmen bemängeln die schlechte Ausbildungsreife, die Gewerkschaften und andere Beteiligte die geringe Bereitschaft, Jugendlichen eine Entwicklungschance zu geben und sie über zwei bis drei Jahre auf das gewünschte Kompetenzniveau zu heben. Möglich wäre nach § 8 Berufsbildungsgesetz sogar eine Streckung der Ausbildungszeit, um das Ausbildungsziel zu erreichen. Diese fehlende Bereitschaft kann man kritisieren, jedoch verbirgt sich dahinter letztlich die Kostenrationalität von Wirtschaftsunternehmen, die alle Beteiligten als kaum aufhebbar begreifen sollten. Entsprechend versuchen die Unternehmen ihren prognostizierten Fachkräftemangel aus anderen Reservoirs zu decken und StudienabbrecherInnen und neuerdings qualifizierte Geflüchtete für die betriebliche Berufsausbildung zu gewinnen.

Auch in den beruflichen Vollzeitbildungsgängen vermutet die Wirtschaft geeignete Bewerberinnen und Bewerber. Folglich findet regelmäßig von UnternehmerInnenseite ein Angriff auf die vollschulischen Angebote statt, wie die Publikationen beispielsweise von IHK und Handwerkskammer im Jahresverlauf zeigen. Die UnternehmerInnenverbände insistieren bei der Politik auf die Zurückdrängung von Vollzeitbildungsgängen, damit jene Jugendliche dem betrieblichen Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehen. Die Politik hat sich darauf eingelassen und die »Sonderkommission Ausbildungsplätze und Fach-

FOTO: JANE-ADDAMS-SCHULE

kräftemangel« beim Regierenden Bürgermeister hat im Mai 2015 die duale Ausbildung als »Königsweg« für junge Menschen erklärt und somit die vollschulischen Bildungsgänge in Frage gestellt. Die gleichwertige, wenn nicht sogar höhere Qualität der vollschulischen Bildungsgänge wird hiermit angezweifelt. Es könnten jetzt Kürzungen drohen.

Vollzeitbildungsgänge vs. duale Ausbildungen

Die Vollzeitbildungsgänge mit Kammerprüfung werden in Konkurrenz zu den dualen Ausbildungen gesehen. In der Kommission ist neben den zuständigen Senatsverwaltungen, der Arbeitsagentur und Wirtschaftsverbänden auch der DGB vertreten. Zweifelsohne bietet die duale Ausbildung Möglichkeiten, die eine vollschulische Ausbildung in geringerem Umfang bietet, was das Hineinwachsen in die betriebliche Arbeitswelt angeht. Vielen Jugendlichen würde es gut tun, »sich dem wirklichen Leben zu stellen«. Konkrete Tätigkeiten in einem Betrieb können für das Selbstwertgefühl sehr gut sein, und es bieten sich zahlreiche Sozialisationserfahrungen.

Die sind leider nicht nur positiv, wie die hohen AbbrecherInnenquoten in manchen Branchen zeigen. Meine Erfahrungen als Lehrer in schulischen Vollzeitbildungsgängen zeigen jedoch, dass dort Schülerinnen und Schüler sind, die sich dutzende Male um duale Ausbildungsplätze beworben haben und immer abgelehnt wurden. Nicht ausbildungsfähig! Dieses Reservoir dürfte also äußerst gering sein. Eine Konkurrenz ist nicht gegeben.

DUALE UND VOLLZEITSCHULISCHE AUSBILDUNG

- Duale Ausbildung: Die Auszubildenden werden parallel im Betrieb und in der Berufsschule ausgebildet.
- Vollzeitschulische Ausbildung: Die gesamte Ausbildung erfolgt in der berufsbildenden Schule/den Oberstufenzentren. Die betrieblichen Erfahrungen werden im Unterricht oder schulischen Werkstätten simuliert und durch Betriebspraktika ergänzt.

Schutz vorm Verschwinden in der Parallelgesellschaft

Beim Herausheben des »Königswegs« duale Ausbildung wird ignoriert, dass durch die Zurückdrängung von schulischen Vollzeitbildungsgängen nicht zusätzliche duale Ausbildungsverträge abgeschlossen werden, sondern dass vermehrt Jugendliche aus dem System fallen oder in zweifelhafte scheinduale Ausbildungen durch private gewinnorientierte Träger gedrängt werden. Dies widerspräche aber der offiziellen Senatsvorgabe »Kein junger Mensch soll verloren gehen.« Dies wäre jedoch nicht nur für die Jugendlichen fatal, sondern auch für die Gesellschaft selbst. So werden die ungenügende Integration von Bevölkerungsgruppen und die Existenz von Parallelgesellschaften immer wieder beklagt. Kitas und Schulen und eben auch vollschulische Ausbildungsangebote sind wichtige Komponenten bei der Integration. Viele der von den Betrieben abgelehnten Jugendlichen kommen aus sozial schwachen Verhältnissen. Hierin sind durchaus Ursachen für die beklagte mangelnde Ausbildungsreife zu sehen.

Sollen diese Jugendlichen langfristig integriert werden und nicht in vermeintlichen Parallelgesellschaften verschwinden, helfen Aufenthalte im Übergangssystem nur bedingt. Die Jugendlichen erhalten zur Überbrückung einjährige Angebote wie berufsvorbereitende Lehrgänge oder ein Berufsfachschuljahr ohne beruflichen Abschluss oder ein Berufsgrundbildungsjahr. Um die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen zu erhöhen und sie zu einem Berufsabschluss zu führen, benötigt man aber mehr als ein Jahr und andere Konzepte. Die Berliner Verfassung sieht im Artikel 20 (1) die Förderung der beruflichen Erstausbildung vor.

Schulische Vollzeitbildungsgänge ermöglichen eine mehrjährige Begleitung der Jugendlichen und damit bestmögliche Förderung. Nach und nach verbessern sich Fähigkeiten und Kompetenzen, auch bei den sogenannten Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Als Perspektive und Motivationsbasis steht ein erfolgreicher und damit nutzbarer Berufsabschluss. Es verbindet sich damit ein persönlich bedeutsames Erfolgserlebnis. Der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt gelingt vielen Absolventinnen und Absolventen. Sie wurden nicht für die Arbeitslosigkeit ausgebildet. Jedoch haben sie längere und zusätzliche Hilfen für die Integration in die Arbeitswelt benötigt. Eine Zeit, die viele Ausbildungsbetriebe aus ihrer Perspektive heraus nicht geben wollen.

Förderung und Integration aller Jugendlichen

Stellt man den persönlichen Förderungsgedanken und den gesellschaftlichen Integrationsgedanken in den Vordergrund, spricht sogar vieles dafür, über eine berufliche Ganztagsschule nachzudenken, um die Jugendlichen noch stärker zu fördern. Allgemeinbildende Ganztagsschulen scheinen sehr erfolgreich diesen Weg zu gehen.

Die neuen Konzepte der Berufs- und Studienorientierung in der Sekundarstufe I und der Jugendberufsagentur sind wichtige Elemente für die zukünftige gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen. Auch eine gewisse Lenkung in Berufe mit Bedarf seitens der Berufsberatung ist legitim. Daneben bleiben berufliche Vollzeitbildungsgänge mit Abschluss, gerade für flexible Querschnittsberufe, von hoher Bedeutung für die Jugendlichen und Heranwachsenden, aber auch für die Gesellschaft selbst.

Hartmut Hannemann,
Abteilung Berufsbildende Schulen

FOTO: PRIVAT

Berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion

Endlich hat die GEW ein solides Positionspapier zur inklusiven beruflichen Bildung beschlossen. Enthalten sind die Forderungen nach einer Ausbildungsgarantie und flächendeckenden Jugendberufsagenturen.

von Ansgar Klinger

Seitdem die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet hat, beschäftigt uns das Thema Inklusion und ihre Bedingungen für die berufsbildenden Schulen. Im Frühjahr 2015 hat der DGB mit dem Beschluss »Gemeinsam statt getrennt« gewerkschaftliche Kriterien für die Entwicklung inklusiver Schulen aufgestellt. Betont wird unter anderem die Notwendigkeit des Willens und der Unterstützung aller für das inklusive Leben und Lernen, eine solide finanzielle Ausstattung und die Notwendigkeit multiprofessioneller Teams – neben den Lehrkräften sind unterstützende therapeutische, pädagogische und medizinische Professionen und Qualifikationen erforderlich, so der DGB.

Glaubwürdige Umsetzung der Inklusion ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Auf diesen Grundlagen konnte die GEW den von Bundesfachgruppen eingebrachten Antrag »Berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion« annehmen. Der Beschluss geht von den institutionellen Gegebenheiten der dualen Berufsausbildung mit ihrem markt- und unternehmensbestimmtem Zugang und von gerechtigkeitstheoretischen Reflexionen sowie dem bildungspolitischen Konzept der UNESCO aus.

Die AutorInnen des Textes sehen eine umfassende diskriminierungsfreie gesellschaftliche Teilhabe am Bildungssystem in einem im erweiterten Sinne inklusiven Bildungssystem nicht nur auf die Situation von Menschen mit Behinderungen beschränkt.

Der Beschluss stellt Bedingungen auf, unter denen berufsbildende Schulen den Weg zur Inklusion beschreiten können. Im Folgenden werden die vierzehn beschriebenen Gelingensbedingungen auszugsweise wiedergegeben:

FOTO: JANE-ADDAMS-SCHULE

• Die GEW fordert eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Menschen, ohne Prüfung ihrer »Ausbildungsreife«. Hier zeigt gerade der inklusive Ansatz, wie aktuell die gewerkschaftliche Forderung nach einer Ausbildungsumlage ist.
• Erforderlich ist eine differenzierte organisatorische Gestaltung der Berufsausbildung auf der Basis bereits bestehender Ansätze, um allen Auszubildenden eine individualisierte Ausbildungsgestaltung zu ermöglichen.
• Non-formale und informell erworbene Kompetenzen sind im Falle einer vorzeitigen Auflösung des Ausbildungsvertrages mit der gesetzlich gewährleisteten Anrechenbarkeit bei Aufnahme einer neuen Berufsausbildung zu zertifizieren.
• Die Curricula in den berufsbildenden Schulen und die Ausbildungsrahmenpläne für die betriebliche Ausbildung sind kritisch zu prüfen und weiterzuentwickeln.
• Ausbildungsbetriebe sind in Form verstärkter Beratung, mit externem Ausbildungsmanagement, Ausbildungsverbünden oder kooperativen Ausbildungsformen zu unterstützen.
• Jugendberufsagenturen sind flächendeckend einzurichten.
• Die Ausbildungsqualität ist durch Sensibilisierung aller Lehrkräfte und durch regelmäßige und nachhaltig angelegte Aus-, Fort- und Weiterbildungen und eine multiprofessionelle Teamentwicklung für alle beteiligten Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen und allen an der Ausbildung beteiligten Personen zu sichern. Die Arbeitsbedingungen an den schulischen, betrieblichen, außerbetrieblichen und außerschulischen Lernorten müssen eine pädagogische Kontinuität gewährleisten.
• Die jungen Menschen müssen durch ihre Mitwirkung in den relevanten Gremien – beispielsweise in den Berufsbildungsausschüssen, den Schulgremien – sowie durch gemeinsame Ausbildungsvereinbarungen im Sinne der Mitbestimmung partizipieren.
• Die GEW setzt sich für eine Aufnahme von »inklusiver Schule« in die Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Berufsschule ein.
• Die GEW setzt sich bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBIG) dafür ein, exklusive Strukturen abzulösen. … Insbesondere sind Ausbildungs- und Prüfungsordnungen so zu gestalten, dass erst am Ende einer Ausbildung der entsprechende Abschluss vergeben wird und nicht zu Beginn eine Differenzierung vorgenommen wird. …
• Mittel- und langfristig sind alle berufsbildenden Schulen in den inklusiven Schulentwicklungsprozess einzubeziehen. Die Akzeptanz von inklusiven Entwicklungsprozessen hängt auch mit den bereit gestellten Ressourcen zusammen. … Für diese Aufgaben fordert die GEW eine sofortige zusätzliche pauschale Stellenzuweisung von mindestens zehn Prozent.
• Bei der Vergabe von Pilotprojekten als erste Schritte auf dem Weg zu inklusiver Bildung sind vorhandene Strukturen und Bedingungen im jeweiligen Bundesland zu berücksichtigen.
• Die inklusiven Pilotprojekte umfassen alle Übergänge, die Berufs- und Studienorientierung, die Ausbildungs- und Berufsvorbereitung sowie die duale Ausbildung.
• Eine wesentliche Gelingensbedingung besteht in einer Zusammenarbeit aller AkteurInnen in einem regionalen Netzwerk. Nicht mehr die Institution, sondern der junge Mensch mit seinen individuellen Bedürfnissen soll im Mittelpunkt stehen.

Für die GEW ist es ebenso einfach wie wichtig festzustellen, dass eine glaubwürdige Umsetzung der Inklusion sowohl die Bereitschaft der Handelnden voraussetzt als auch – anders als die Wunschvorstellung vieler LänderfinanzministerInnen lauten mag – nicht zum Nulltarif erreicht werden kann. Der Beschluss weist den richtigen Weg der berufsbildenden Schulen zur Inklusion. ■

Das komplette Positionspapier kann unter folgender Adresse betrachtet werden: http://www.gew.de/inklusion/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/berufsbildende-schulen-auf-dem-weg-zur-inklusion

KURZ ERKLÄRT

- Ausbildungsumlage: Unternehmen, die nicht ausbilden, zahlen in einen Ausbildungsfonds ein. Ausbildende Betriebe werden aus diesem Fonds unterstützt.
- Non-formale Kompetenzen: werden planvoll, strukturiert, aber nicht fremdorganisiert, erworben.
- Informell erworbene Kompetenzen: werden vom Individuum selbst organisiert jenseits institutionell organisierter Lernformen erworben, die Kompetenz ergibt sich nebenbei, wird nicht bewusst erworben.

Ansgar Klinger, Leiter des Organisationsbereiches Berufliche Bildung und Weiterbildung in der GEW Bund

FOTO: JANE-ADDAMS-SCHULE / KLEIN: KAY HERSCHELMANN

OFFIZIELLE AUSWAHL
AUSSER KONKURRENZ
FESTIVAL DE CANNES
DER NEUE FILM VON OSCAR®-PREISTRÄGER
LUC JACQUET
Empfohlen von:
WWF
www.wwf.de
Kinovorstellungen für Schulklassen sind möglich. Kostenloses Unterrichtsmaterial finden Sie auf der Website Ihrer GEW Berlin sowie unter der Filmwebsite.
ZWISCHEN
HIMMEL
UND EIS
DEUTSCHE FILM- UND MEDIENBEWERTUNG
Prädikat besonders wertvoll
FBW
ERZÄHLT VON
MAX MOOR
AB 26. NOVEMBER 2015 IM KINO
/ZwischenHimmelUndEis
www.ZwischenHimmelUndEis.Weltkino.de
weltkino

Gute und gesunde Ernährung in Kita und Schule sind machbar

Mit der Einführung des Ganztagsbetriebs wird in Schulen und Kitas verstärkt Mittagessen nachgefragt. Dies bietet die Möglichkeit, ungesunde Essgewohnheiten der SchülerInnen zu korrigieren und die Basis für eine gesunde Ernährung zu legen. Doch diese Chance wird bisher vertan.

von Manfred Triebe

Das Projekt KiKi verfolgt ein Ernährungskonzept, das konsequent auf Frischzubereitung setzt.

Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen, sagt der Volksmund. Tatsächlich stammt dieser Spruch aus einer Oper, komponiert gegen Ende des 17. Jahrhunderts, als die Menschen auch bei uns noch Hunger litten. Er hat allerdings auch in unserer heutigen Wohlstandgesellschaft nicht an Aktualität verloren.

Nach einer Untersuchung der Lüneburger Leuphana-Universität geht ein Drittel aller SchülerInnen bei uns ohne Frühstück aus dem Haus. Dies wirkt sich nachweislich negativ auf ihre Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit aus. Andere sagen, »ein voller Bauch studiert nicht gern«. Beide Aussagen stehen nicht im Widerspruch zueinander, denn ein Zuviel ist in jedem Falle auch schädlich. Dies zeigen Zahlen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Danach sind etwa 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen bis 17 Jahre übergewichtig, sechs Prozent gelten gar als adipös, also fettleibig. Mangel- und Fehlernährung sind für beides die Ursache. Essgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen werden primär in den ersten Lebensjahren in der Familie, aber zunehmend auch in Kitas und Schulen geprägt.

Kita-Essen – mit Vorsicht zu genießen

Seit in unseren Schulen und Kitas durch den Ganztagsbetrieb immer stärker tägliches Essen nachgefragt wird, bietet sich die Möglichkeit, ungesunde Essgewohnheiten zu korrigieren und die Basis für eine gesunde Ernährung zu legen. Immerhin 1,8 Millionen Kinder haben nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung 2013 ein tägliches Mittagessen in der Kita verzehrt. Das sind knapp zwei Drittel aller Kinder, die eine Kita besuchen. Da essen laut Fernsehkoch Tim Mälzer gelernt werden kann, wäre hier der ideale Ansatz ungesunde Essgewohnheiten zu korrigieren. In der täglichen Realität von Kitas und Schulen wird diese Chance oft vertan, denn dort boomt der Markt für Caterer aller Coleur. Kita- und Schulessen sind auch eine Frage des Preises. Und da unterbieten sich die Anlieferer oft gegenseitig. Je nach Caterer, Zubereitungsart und Anzahl der gelieferten Portionen schwankt der Preis zwischen 2,92 Euro und 4,08 Euro. Auch die Qualität ist entsprechend der Preise und der Zubereitungsart unterschiedlich. Bei den billigen Preisen ist es kein Wunder, wenn die Branche immer wieder in Skandale verwickelt wird. Wir erinnern uns noch an die Folgen des Vertriebs von Tiefkühlerdbeeren aus China. 11.000 Kinder erkrankten 2013 an den Folgen dieser mit Noroviren kontaminierten Billigware. Auch wenn die Skandale seltener werden, ist bei Kita- und Schulverpflegung Vorsicht geboten. Lange Transportwege, lange Warmhaltezeiten, Missachtung der Hygieneregeln oder Unterbrechungen in der Kühlkette mindern Nährstoff- und Vitamingehalt und machen das angelieferte Essen nicht schmackhafter.

Die Untersuchung der Bertelsmann Stiftung »Is(s)t Kita gut?« kommt zu dem Ergebnis, dass nur 19 Prozent der untersuchten Kitas, zum Beispiel im Bereich Salat und Rohkost, die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) erfüllen, bei Obst liegt der Anteil bei nur zehn Prozent. Zudem sind viele Caterer nicht auf die Gemeinschaftsverpflegung von Kindern und Jugendlichen spezialisiert. Sie liefern einfach warmes Essen. Knapp 60 Prozent aller von Bertelsmann untersuchten Kitas werden durch angeliefertes Essen versorgt. Dies hat auch zur Folge, dass die Betroffenen an der Auswahl und Zubereitung der Verpflegung nicht beteiligt sind. Die Studie schätzt, dass jährlich 750 Millionen Euro nötig wären, um allen Kita-Kindern ein gutes und gesundes Essen zu garantieren.

Es geht auch anders – Ernährungskonzepte für besseres Essen

Es geht tatsächlich aber auch anders, denn immerhin ein knappes Drittel der Kitas bereitet das Essen vor Ort zu. PariSERVE, eine Dienstleistung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, initiierte 2013 eine Ernährungs- und Verpflegungsoffensive. Der mit 3.000 Euro dotierte Zukunfts-

FOTO: INA KINDERGARTEN GGMBH

preis Ernährung und Verpflegung ging 2015 an das Projekt KiKi (Kinderessen kinderleicht gesund genießen) von INA. KINDER.GARTEN GmbH. Mit dem KiKi wird ein Ernährungskonzept verfolgt, das konsequent den Weg der Frischzubereitung beziehungsweise der Mischverpflegung geht und dem DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder genügt. Es heißt zwar immer wieder, eine eigene Küche sei zu teuer (Ausstattung, Personal), andererseits gibt es Beispiele, die dieses Vorurteil widerlegen. Anschaffung und Unterhaltung einer kitaeigenen Küche mag zunächst teuer sein, rechnet sich aber langfristig.

Eine Untersuchung der Kosten- und Preisstrukturen an Berliner Schulen aus dem Jahr 2012 zeigt, dass der Unterschied bei den Preisen nicht sonderlich gravierend ist. Bei Mischküchen liegen die Kosten pro Mahlzeit unter Einbeziehung von Waren-, Personal-, Betriebs- und Investitionskosten selbst bei nur 100 Mahlzeiten deutlich unter 3,50 Euro. Billige Caterer fordern nur 2,40 Euro pro Mahlzeit. Dies sind bei 22 Tagen 52,80 Euro je Kind. Abgesehen davon, dass für diesen Preis eine gesunde Ernährung nicht möglich ist, kommt der INA.KINDER.GARTEN in der Rosenheimer Straße mit 23 Euro im Monat Lebensmittelwareneinsatz für ein Kind für das Mittagessen aus. Natürlich fallen dann noch Personalkosten und der Küchenunterhalt an, aber das Ernährungskonzept dort trennen Welten von einem angelieferten Essen. Wir haben Einrichtungen von INA.KINDER.GARTEN in Berlin besucht und uns vor Ort informiert. Frau Doreen Stelter, Küchenfachkraft, plant und bespricht mit den Kindern den wöchentlichen Speiseplan. Sie geht dabei selbst in die Gruppen. Neue Speisevorschläge werden mit den Kindern besprochen. Für kleinere Gruppen gibt es in einer Probeküche eine Einführung in die Essenszubereitung. Küchenkräuter und einzelne Gemüse können von den Kindern mit Unterstützung von ErzieherInnen auf kleinen Beeten der Jahreszeit entsprechend gezogen, geerntet und verarbeitet werden. Kindgemäße Wochenspeisepläne mit Bildkarten zeigen den Kleinen, was sie bei der nächsten Mahlzeit erwartet. Kulturelle Gewohnheiten der Herkunftsländer der Kinder werden einbezogen. Sprachlich leicht verständliche Flyer informieren die Eltern über das Kitaessen und geben Rat für die Ernährung zu Hause. Jede Auswahl wird begründet.

Dies sind wesentliche Voraussetzungen für erlebtes und erlerntes gesundes Essen, die nachwirken. Bedauerlicherweise wird dies an Ganztagsschulen nicht konsequent weitergeführt. Nur ein Fünftel aller Ganztagsschulen zum Beispiel in NRW arbeiten nach dem Frisch- und Mischkostsystem, das heißt mit eigenen Küchen. Dabei ist die eigene Schulküche Grundvoraussetzung für eine Ernährung, die dem geschilderten Beispiel und den zehn Regeln der DGE entspricht.

In Berlin sind die meisten Integrierten Sekundarschulen mit Lehrküchen ausgestattet. Dies ist unabhängig von dem Verpflegungskonzept der Schule eine ideale Voraussetzung zum Lernen und Einüben von gesunder Ernährung. Leider fehlen hier oft die für einen sinnvollen Unterricht notwendigen Teilungsstunden.

Das Ernährungskonzept von INA.KINDER.GARTEN sollte trotzdem Schule machen, denn gute und gesunde Ernährung in Kita und Schule sind machbar. ■

VOLLWERTIGES ESSEN UND TRINKEN

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) hat zehn Regeln für vollwertiges Essen und Trinken aufgestellt:

1. Die Lebensmittelvielfalt genießen
2. Reichlich Getreideprodukte sowie Kartoffeln
3. Gemüse und Obst – Nimm »5 am Tag«
4. Milch und Milchprodukte täglich, Fisch ein- bis zweimal in der Woche, Fleisch, Wurstwaren sowie Eier in Maßen
5. Wenig Fett und fettreiche Lebensmittel
6. Zucker und Salz in Maßen
7. Reichlich Flüssigkeit
8. Reichlich Flüssigkeit
9. Reichlich Flüssigkeit
10. Auf das Gewicht achten und in Bewegung bleiben

Dieser Maßstab muss auch an die Kita- und Schulverpflegung gelegt werden.

Manfred Triebe, Vorsitzender der Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin

FOTO: KAY HERSCHELMAN

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Schon wieder neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Schulanfangsphase, Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule und die Gemeinschaftsschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen. Sonderformulare sind nach Absprache möglich.

Alle Informationen und Bestellmöglichkeiten unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.php.

Bestellschein: siehe Seite 27

Familienhilfe zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Fachkräfte in der Familienhilfe geraten zunehmend an ihre Grenzen. Ein Bericht über die tägliche Arbeit und die Arbeitsbedingungen in den ambulanten Hilfen zur Erziehung.

von Juliana Metzner

Familien in Notlagen haben einen gesetzlichen Anspruch auf sozialpädagogische Familienhilfe. Das sichert ihnen das achte Sozialgesetzbuch (SGB VIII) zu. Haben bis in die 1970er Jahre hinein die Sozialämter die Familienhilfe noch selbst organisiert, wird sie heute von Freien Trägern der Jugendhilfe übernommen. Geleistet werden darf diese Arbeit nur von SozialpädagogInnen, PädagogInnen oder PsychologInnen mit Hochschulabschluss. Diese geraten jedoch zunehmend an ihre Grenzen.

Die SozialarbeiterInnen arbeiten in der Regel bei den Familien zu Hause. Bis 2002 gewährten die Jugendämter einen Zeitumfang von neun bis zwölf Stunden wöchentlich pro Familienhilfe. So viele Stunden gibt es heute nur noch in Ausnahmefällen, aktuell wird mit durchschnittlich vier Stunden wöchentlich in den Familien gearbeitet. Die Hilfedauer variiert, ist aber meist auf ein bis zwei Jahre angelegt. Die FamilienhelferInnen ziehen möglichst alle Familienmitglieder in die Planung mit ein und verfassen halbjährlich einen Bericht über den aktuellen Stand der Hilfe an das Jugendamt. Manche Hilfen können schon nach einem Jahr erfolgreich abgeschlossen werden, andere laufen länger. In Ausnahmefällen gehen sie auch bis zu sieben Jahre, wenn eine Familie durch diese Art der Unterstützung stabilisiert werden kann und die Kinder dadurch in den Familien bleiben können.

Beziehungsaufbau braucht Zeit

Weil die Kinder tagsüber in der Kita oder der Schule und manche Familienmitglieder berufstätig sind, liegt die Hauptarbeitszeit von FamilienhelferInnen in der Zeit zwischen 15 und 20 Uhr. Telefonische Bereitschaftszeiten sind in der Regel nicht vorgesehen, können jedoch im Einzelfall notwendig sein und auch vom Jugendamt verlangt werden. Wir sind auf die Mitarbeit der Familie angewiesen. Um nachhaltige Veränderungen zu erreichen, ist der Aufbau einer tragfähigen Arbeitsbeziehung zwischen FamilienhelferIn und Familie unbedingt erforderlich. Beziehungsaufbau braucht Zeit.

Als »besondere Problemlagen« in den Familienhilfen gelten Familien mit Säuglingen, Familien in Krisensituationen, mit psychisch erkrankten oder suchterkrankten Elternteilen, mit Kindern mit Behinderungen, Schuldistanz und Familien, in denen Gewalt vorkommt. Diese genannten »besonderen Problemlagen« bestimmen in Berlin den Großteil der zu betreuenden Familien. Erschwerend sind auch Kombinationen aus mehreren Problemlagen in einer Familie. Zunehmend haben wir auch mit materiellen Nöten in den Familien zu tun. Daher kümmern wir uns neben den Hilfen zur Erziehung auch zunehmend um die existenzielle Sicherung, wie die Bewältigung von Mietschulden und die Sicherung von ALG II-Ansprüchen. Weiterhin muss oft der Förder- oder Therapiebedarf von Kindern abgeklärt werden und die Eltern durch Beratung in die Lage versetzt werden, die Grundbedürfnisse ihrer Kinder zu erkennen und zu erfüllen. Immer häufiger müssen wir die Familien auch bei der Suche nach einem Kitaplatz unterstützen.

Ursprünglich klassische Themen der Familienhilfe wie Vermittlung von Ferienangeboten für Schulkinder, Anbindung an soziale und gemeinwesenorientierte Angebote und Jugendfreizeiteinrichtungen oder Hilfe bei der Suche nach Wohnungen sind deutlich zeitintensiver und können zum Teil nicht mehr geleistet werden.

In Berlin wurden in den vergangenen Jahren immer mehr Kultur- und Bildungseinrichtungen geschlossen. Bezahlbarer Wohnraum ist gerade in den Innenstadtbezirken praktisch nicht mehr vorhanden. Familien in Notlagen, die zudem noch umziehen müssen, stellt dies vor besondere Probleme, die auch SozialarbeiterInnen oft nicht mehr lösen können.

Intensive Gespräche verringern das Risiko

Ist eine Familienhilfe als Kinderschutzfall ausgewiesen, müssen wir ein- bis zweimal wöchentlich die Familie zu Hause aufsuchen. Ist der Kühlschrank ausreichend gefüllt? Hat das Kind Blessuren? Befinden sich häufig fremde Personen in der Wohnung? Hierzu füllen wir den Berliner Kinderschutzbogen aus, was sehr zeitaufwendig ist. Die dazu benötigte Zeit steht für die direkte Arbeit mit den Familien nicht mehr zur Verfügung. Das Risiko für das Kind kann durch intensive

FÜR UNSERE ARBEIT IN DEN FAMILIEN FORDERN WIR:

- Ende der Überlastungssituation auf den Jugendämtern (höchstens 40 betreute Familien pro Vollzeitstelle)
- Ende der pauschalisierten Stundenbewilligung in den ambulanten Hilfen, differenziertere Stundenkontingente und Hilfezeiträume
- Mindestens 8 Fachleistungsstunden wöchentlich pro Familienhilfe und entsprechende Erhöhung bei Co-Arbeit
- Entlohnung der Wegezeiten zwischen den Einsatzorten, das heißt Berücksichtigung von notwendigen Fahrtzeiten bei der Kalkulation der Fachleistungsstunde
- Gesicherte Auftragslage für die Träger und sichere Arbeitsverträge für die MitarbeiterInnen
- Höhere Eingruppierung im TV-L für sozialpädagogische Arbeit, das bedeutet eine Erhöhung der Fachleistungsstunde

Gespräche und Kontakte mit der Familie deutlich verringert werden. Dazu benötigen wir eine entsprechende Ausstattung mit Fallstunden und auch längerfristige Verläufe. Sechs oder gar nur vier Stunden pro Wochen, über ein Jahr verteilt, reichen oft nicht aus.

Stellen wir fest, dass das Kindeswohl gefährdet ist, informieren wir das Jugendamt. In der Regel wird im Rahmen einer Hilfekonferenz, zu der alle am Kind Beteiligten eingeladen werden, ein Schutzkonzept erarbeitet. Eventuell werden auch weitere Maßnahmen angeboten oder veranlasst. Wir SozialarbeiterInnen kontrollieren die Maßnahmen und stehen im engen Austausch mit dem Jugendamt.

Wegen psychischer Belastung arbeiten viele in Teilzeit

Die Stundenzahlen der Familien- und Einzelfallhilfen sind in den letzten Jahren um die Hälfte gesunken. Im Jahre 2014 betrug der durchschnittliche Stundenumfang in den sozialpädagogischen Familienhilfen nur noch 3,8 Fachleistungsstunden pro Woche. Einige Jugendämter bewilligen fast grundsätzlich nur noch einen einheitlichen Fachleistungsstundenumfang, unabhängig davon, wie die Problemlagen sind, egal, wie viele Kinder in der Familie leben oder ob im Team gearbeitet werden muss. Die Laufzeiten der Hilfen haben sich verkürzt.

Um 40 Stunden pro Woche bezahlt zu bekommen, müssen die KollegInnen bis zu neun Familien betreuen. Das bedeutet eine hohe psychische Belastung. Diese steigt noch, da oft Dinge parallel erledigt werden müssen: Rückrufe von Ämtern oder Schulen müssen entgegengenommen werden, oft unterwegs oder während der Arbeit in einer anderen Familie. Einige MitarbeiterInnen arbeiten aufgrund der hohen psychischen Belastung in den ambulanten Hilfen daher nur Teilzeit und verdienen sich ihren Lebensunterhalt mit zusätzlichen, weniger belastenden, anderen Tätigkeiten.

Der enge Kontakt zwischen den Fachkräften der Freien Träger und den SozialarbeiterInnen der jeweiligen Regionalen Sozialpädagogischen Dienste der Jugendämter (RSD) ist insbesondere im Kinderschutzfall unbedingt notwendig. Denn das Jugendamt hat noch immer die Hauptverantwortung. Die RSD-MitarbeiterInnen stehen seit Jahren unter einer sehr hohen Arbeitsbelastung. Nicht selten betreut eine KollegIn des Jugendamts mehr als 100 Familien. Daher sind sie für uns SozialarbeiterInnen, die direkt in den Familien arbeiten, oft schlecht erreichbar. Notwendige Absprachen können so nur verzögert getroffen werden.

»Kinderschutz braucht KinderschützerInnen« – unter dieser Forderung fanden im Jahr 2014 und 2015 wiederholt Protestveranstaltungen der RSD statt. Diese Forderung nach besserer personeller Ausstattung unterstützen wir ausdrücklich und übertragen sie gleichzeitig auf unsere Arbeit bei freien Trägern.

Vergleichbare Berufe sind deutlich höher eingruppiert

Die Verdienstmöglichkeiten sind bei den Trägern verschieden, im Allgemeinen wird in Anlehnung an den TV-L (Entgeltgruppe 9) entlohnt. Vergleichbare Berufe mit Hochschulabschluss in anderen Tätigkeitsfeldern sind zwei Stufen und höher eingruppiert. MitarbeiterInnen in den ambulanten Hilfen bekommen Fahrzeiten meist aufgrund fehlender Berücksichtigung in der Berechnung der Fachleistungsstunden nicht vergütet, obwohl die zu betreuenden Familien oft weit voneinander entfernt wohnen. Fahrtzeiten von drei Stunden über den Tag verteilt sind keine Seltenheit.

Prinzipiell wird nur die Zeit bezahlt, welche in den Familien verbracht wird, zuzüglich qualitätssichernder Tätigkeiten, wie zum Beispiel Teamsitzung, Supervision oder Weiterbildung. In Zeiten schlechter Auftragslage von Seiten der Jugendämter besteht eine Unsicherheit für die KollegInnen, die in den Arbeitsverträgen vereinbarte Zeit auch leisten zu können. Daher wird häufig mit sogenannten Sockelarbeitsverträgen gearbeitet: Die Bezahlung einer gewissen Stundenanzahl ist garantiert, im besten Fall 75 Prozent der vertraglichen Arbeitszeit. Bei einer Vollzeitstelle bedeutet dies, dass die dauerhafte durchschnittliche Arbeitszeit bei 40 Stunden liegt, von denen 30 Stunden in jedem Fall, auch bei unzureichender Auftragslage, vergütet werden. Dies bedeutet wiederum ein Risiko für die Träger, die MitarbeiterInnen bezahlen zu müssen, ohne dass diese in den Familien arbeiten können. Es wird bei einigen Trägern zum Ausgleich von Schwankungen für alle Beschäftigten ein Arbeitszeitkonto geführt.

Als Betriebsräte mehrerer Freier Träger der Jugendhilfe haben wir uns im Juli an die Dachverbände gewandt und eine deutliche Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen sowie die Sicherstellung des Kinderschutzauftrags gefordert. ■

Juliana Metzner, Sozialpädagogin und Betriebsrätin bei einem Freien Träger der Jugendhilfe

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE, KLEIN: PRIVAT

Berliner Kitabündnis macht mobil

Das Berliner Kitabündnis zieht mit über 400 Kitas auf die Straße. Die Erzieherinnen und Erzieher fordern eine bessere Ausstattung.

von Auyen Müller

140 Kinder aus sechs Kindertagesstätten des AWO Kreisverbands Spandau e.V. vor dem Spandauer Rathaus.

Am 18. September 2015 hat das Kitabündnis zu einem politischen Nachmittag »Kita – ein guter Ort für Kinder?« eingeladen. Eingeladen waren alle, die mit Kita zu tun haben. Viele folgten der Einladung - der Saal war am Freitagnachmittag voll.

Dann, am 7. Oktober, beteiligten sich über 400 Kitas in der ganzen Stadt am Kita-Aktionstag und zogen mit einer klaren Botschaft auf die Straße: Die frühkindliche Bildung ist das Fundament und wenn das nicht in Ordnung ist, wackelt das Haus. Daher fordert das Kitabündnis bis Ende 2017 in drei ersten Schritten eine Verbesserung der Ausstattung:

1. *Die Jüngsten brauchen mehr ErzieherInnen:* Eine ErzieherIn für nicht mehr als vier Kinder unter drei Jahren
2. *Gute Kita braucht gute Leitung:* Volle Freistellung der Kitaleitung ab 80 Plätzen
3. *Berlin braucht Kita-Plätze:* Mehr Investitionen in den Platzausbau.

Diese Forderungen sind nicht aus der Luft gegriffen oder aus dem subjektiven Empfinden des Fachpersonals entstanden. So war zu unserem politischen Nachmittag unter anderem auch die Bertelsmann Stiftung eingeladen. Es gab einen aufschlussreichen Vortrag. Jedes Jahr untersucht die Stiftung die Bedingungen in Kitas in der gesamten Bundesrepublik und gibt Empfehlungen für Verbesserungen. Bisher war es nicht möglich, für Berlin vergleichbare Zahlen der ErzieherIn-Kind-Relation zu finden. Im Jahr 2015 ist das anders. Aus den Untersuchungen ergibt sich ein gewaltiger Unterschied zwischen den Empfehlungen der Stiftung, dem Bundesdurchschnitt und dem Durchschnitt in Berliner Kitas bei der Förderung der unter Dreijährigen.

Mit 100 Kindern machten sich die Kita Riemenschneiderweg, die Kita Fregestraße und die Kita Jeverstraße auf den Weg zum Grazer Platz.

- Empfehlung Bertelsmann Stiftung:
  1 ErzieherIn – 3 Kinder
- Durchschnitt bundesweit:
  1 ErzieherIn – 4,4 Kinder
- Durchschnitt Berlin:
  1 ErzieherIn – 5,9 Kinder

Da ist die Forderung des Berliner Kitabündnisses für die Verbesserung mehr als legitim. Die Diskussion mit den jugendpolitischen SprecherInnen und Staatssekretärin Sigrid Klebba von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft beim politischen Nachmittag waren aber wieder ernüchternd. Natürlich ist die »Unterstützung« der Oppositionsparteien größer als die der Regierungsparteien. Besonders wichtig ist aber die Aussage der Senatsvertreterin zu der Überlegung, die ErzieherIn-Kind-Relation für Kinder unter drei Jahren um durchschnittlich 0,5 Kinder ab 2016 und 0,25 Kinder ab 2017 zu verbessern. Dies sei ja schon mal ein Anfang, sagte Klebba. Leider soll diese Verbesserung, wenn sie dann so kommt, nicht für ganz Berlin gelten, sondern nur für Kitas in sozialschwachen Gebieten.

Ich sage, das ist nur ein Tröpflein auf den heißen Stein und kann uns nicht wirklich glücklich machen. Also tut was für unsere Forderungen, überlegt Euch Aktionen, sucht Verbündete! Der Aktionstag am 7. Oktober sollte nicht unsere letzte Aktion gewesen sein. ■

Auyen Müller, Erzieherin aus dem Eigenbetrieb Kindergärten NordOst

FOTO: GROSS: AWO SPANDAU / MITTEL: NACHBARSCHAFTSHEIM SCHÖNEBERG E.V.; KLEIN: PRIVAT

FOTO: JOERG ROFELD/FOTOLIA

Bessere Rahmenbedingungen wären willkommen

Erfolgreiches Arbeiten in den Willkommensklassen wird durch die mangelhafte Infrastruktur erschwert. Qualifizierte QuereinsteigerInnen müssen besser integriert, der Austausch mit den regulären Lehrkräften intensiviert und ein Rahmenlehrplan für die Willkommensklassen entwickelt werden.

von Juliane Zacher und Gudio Siegel

Lerngruppen für Neuzugänge ohne deutsche Sprachkenntnisse, meist »Willkommensklassen« genannt, werden für Kinder und Jugendliche eingerichtet, damit sie sprachliche Grundkenntnisse erlangen, um dann so schnell wie möglich in den Regelschulbetrieb einsteigen zu können. Der überwiegende Teil der SchülerInnen in diesen Klassen hat einen Flüchtlingsstatus. Momentan gibt es in Berlin 471 Willkommensklassen. Die Tendenz ist steigend. Alle schulpflichtigen Personen, deren Registrierung abgeschlossen ist und die in einer Unterkunft untergebracht sind, haben Anspruch auf einen Schulplatz in Berlin. Die anstehenden Integrationsaufgaben sind hier im Land Berlin nicht unbekannt. An vielen Schulen gehört es bereits zum Alltag, Kinder mit Deutsch als Zweitsprache zu unterrichten. Die Umstände und Rahmenbedingungen erfordern besondere Sorgfalt und Aufwand in der Organisation dieser Klassen. Die aktuellen schulpolitischen Rahmenbedingungen erschweren es aber, die SchülerInnen bei einem guten Start in Berlin zu unterstützen.

471 Klassen und kein Lehrplan

Da Deutsch als Fremdsprache (DaF) und Deutsch als Zweitsprache (DaZ) keine regulären Ausbildungsfächer für Lehrkräfte sind, sind viele KollegInnen nicht ausreichend für die Herausforderung qualifiziert. Der Senat bietet zwar Fort- und Weiterbildungen an, schafft aber keine Möglichkeit, eine grundständige Ausbildung im Fach zu erwerben, wenn man schon im Beruf steht. Die KollegInnen, die Erfahrung mit DaF/DaZ in der Erwachsenenbildung gesammelt haben, verfügen häufig über kein Staatsexamen. Deshalb erhalten sie nur befristete Verträge und weniger Gehalt als ihre KollegInnen. Die Schulbehörde klagt darüber, keine qualifizierten Lehrkräfte für die Klassen zu finden. Gleichzeitig ist sie aber nicht bereit, die Arbeitsbedingungen für QuereinsteigerInnen zu verbessern. Dabei ist klar: Wenn die Arbeit in den Sprachlernklassen keine sichere Perspektive und kein ausreichendes Einkommen bietet, werden sich qualifizierte QuereinsteigerInnen nach anderen Jobs umsehen.

Obwohl in Berlin 471 Vorbereitungsklassen existieren, gibt es keinen Rahmenlehrplan. Lehrkräfte müssen sich somit die Unterrichtsinhalte komplett selbst überlegen, noch dazu in einem Fach, das viele von ihnen vorher nie unterrichtet haben. Das hat zur Folge, dass Unterrichtsinhalte und Fächer aber auch das Unterrichtsniveau von Schule zu Schule stark variieren. Während in allen anderen Bereichen die Notwendigkeit berlinweiter Normen betont wird, gibt es in den Willkommensklassen keine einklagbaren Mindeststandards, was Unterrichtsqualität oder auch nur die Fächertafel angeht. In vielen Schulen erhalten die SchülerInnen ausschließlich Deutschunterricht, und das 31 Stunden in der Woche.

38.000 ZUSÄTZLICHE PÄDAGOGINNEN NÖTIG

Die GEW Bund hat am 8. Oktober konkrete Vorschläge zu bildungspolitischen Maßnahmen für Geflüchtete und Asylsuchende vorgestellt. Diesen liegen eigene Hochrechnungen zu Grunde, die bundesweit von rund 300.000 zusätzlichen SchülerInnen in den nächsten zwölf Monaten ausgehen. 24.000 zusätzliche Lehrkräfte sind nötig, um diesen jungen Menschen ein gutes Schulangebot machen zu können. Dabei kommt es vor allem auf multiprofessionelle Teams an, zu denen auch SchulpsychologInnen, -sozialarbeiterInnen und -pädagogInnen sowie ErzieherInnen gehören. Die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe forderte bei der Vorstellung des Maßnahmenpakets auch, die Zusatzqualifikation »Deutsch als Zweitsprache« (DaZ) zu stärken und über den (zeitlich begrenzten) Einsatz pensionierter Lehrkräfte mit der Qualifikation für Sprachen und über DaZ-Crashkurse für pädagogisch qualifizierte Menschen nachzudenken.
In den Kitas rechnet die GEW mit bis zu 100.000 zusätzlichen geflüchteten Kindern und einem Bedarf von rund 14.000 ErzieherInnen. Aber auch die Hochschulen müssen den Geflüchteten Zugang zu Bildung ermöglichen: Eine Aufstockung des Hochschulpaktes und einfachere Anerkennungsregelungen im Ausland erworbener Qualifikationen sind nötig. Zudem muss endlich mit der prekären Beschäftigung der Integrationslehrkräfte Schluss gemacht werden, um mehr Fachkräfte für die Arbeit in den Integrationskursen zu gewinnen.

Isolation in der Schule

SchülerInnen und Lehrkräfte in den Willkommensklassen sind vom übrigen Schulbetrieb getrennt, häufig schon rein räumlich. Findet der Unterricht nicht direkt in einem separaten Gebäude statt, dann zumindest im vorletzten Winkel der Schule. Die neu eingestellten Lehrkräfte, gerade wenn sie SeiteneinsteigerInnen sind, klagen oft über ihre Isolation innerhalb des Kollegiums. Ein Austausch zwischen Regelklassen- und Willkommensklassenunterricht existiert in vielen Schulen kaum, obwohl die Erfahrungen in den Sprachlernklassen die Lehrkräfte der Regelklassen darauf vorbereiten könnte, die SchülerInnen später zu unterrichten. Häufig ist die Festlegung einzelner Lehrkräfte auf die Klassen so stark, dass Unterricht nicht vertreten wird, sondern die SchülerInnen nach Hause geschickt werden. Diese starke Trennung erschwert den Übergang in die Regelklassen, da sich der Unterrichtsalltag stark unterscheidet. Auch die Zuweisung von Schulplätzen für SchülerInnen, die die Sprachlernklassen erfolgreich abgeschlossen haben, ist nicht zentral organisiert. In der Regel müssen sich die Lehrkräfte um Schulplätze kümmern und für jede einzelne Schülerin und jeden Schüler eine Vielzahl von »Bettelanrufen« starten.

Echte Willkommenskultur schaffen

Am 18. November 2015 organisiert der Landesausschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung (LAMA) eine Veranstaltung zum Thema Willkommensklassen. Ziel ist es, die anstehenden Probleme zu sammeln und zu benennen, um auf dieser Grundlage Forderungen zu entwickeln, die eine echte Willkommenskultur schaffen könnten. Denn allen SchülerInnen in Berlin steht es zu, bestmöglich gefördert zu werden. Gleichzeitig bedeuten gute Lernbedingungen auch gute Arbeitsbedingungen: Aktuell können die zahlreichen Leerstellen und Fehlplanungen nur durch persönliche Mehrarbeit der Lehrkräfte ausgeglichen werden. Nur vernünftige Rahmenbedingungen ermöglichen den neuen Berliner SchülerInnen, erfolgreich am Regelunterricht teilzunehmen und entlasten gleichzeitig die KollegInnen.

Guido Siegel, Sprecher des Landesausschusses für Migration, Diversität und Antidiskriminierung (LAMA), und Juliane Zacher, Leiterin des VB Schule

FOTO RECHTS: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE; LINKS: PRIVAT

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf meine SchulleiterIn unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement der Schulrechtssammlung hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-27
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Ist der Wahnsinn nicht wunderbar?

Nach 30 Jahren als Klassenlehrerin für die Klassen eins bis drei und insgesamt 35 Dienstjahren wurde ich nun pensioniert. Als ich deshalb anfing, mein umfangreiches Material zu sichten, fielen mir meine Aufzeichnungen aus dem Jahr 1998 in die Hände. Ich las meine Schilderung eines normalen Schultages und mir wurde bewusst, warum ich meinen Beruf immer geliebt habe.

von Angelika Werner

Klasse 1d, 15. September 1998: Heute war der 8. Schultag. Es war wie immer ein ereignisreicher Tag. Aber es waren zum ersten Mal fünf Unterrichtsstunden. Trotzdem hat heute niemand gefragt, wie lange es noch dauert, bis Schluss ist. Man hält schon länger durch!

Wir haben in der ersten Stunde getanzt. Auch zum ersten Mal. Wir mussten öfter unterbrechen, bis alle alles verstanden hatten. Luca und Deniz mussten lernen, dass man zwischendurch auch mal auf dem Stuhl sitzen muss.

In der zweiten Stunde haben wir das Wort »Leo« gelesen. Und auseinandergeschnitten und in Umschläge gelegt. Zwei Kinder haben den Umschlag schnell zugeklebt. Ich musste ihn wieder aufmachen. Wir wollen den Brief doch nicht wegschicken! Das hat so die ganze Stunde gedauert, Scheren holen, schneiden, Umschlag beschriften, abgeben, wegräumen. Dann konnten wir noch das Geburtstagslied für Dominik singen und die Süßigkeiten verteilen. Marcel hat geweint, er wollte lieber zu Mama. Oder wenigstens telefonieren…einige Kinder haben ihn getröstet und mit in die Pause genommen.

In der dritten Stunde ist Mathematik, bei Frau Winter. Ein Großteil der Stunde vergeht erst einmal mit dem Entfernen von zwei Splittern. Endlich werden Plättchen gezählt. Aber es fehlt eine Verschlusskappe zum Ende der Stunde. Felix muss suchen, es war seine Kappe. Inzwischen ist schon die nächste Stunde. Als ich komme, sucht er immer noch. Frau Winter ist auch noch da. Ach, die Kappe ist plötzlich unter Patricks Platz. Versteckt? Nein? Das ist aber nicht nett!

»Allgemeine Tendenz: Man schließt sich zusammen und kämpft gemeinsam.«

Nun gut, vierte Stunde. Man ist schon unruhig. Also, wer jetzt noch etwas zu essen hat, der darf jetzt essen. Ich lese vor, das Bilderbuch »Wie man einen Dino besiegt«. Man ist sich einig, dem gemeinen Rex muss man das Handwerk legen. Allgemeine Tendenz: Man schließt sich zusammen und kämpft gemeinsam. Immerhin, die Klasse hält schon zusammen.

Nun kommt ein wichtiger Teil des Tages. Die Spannung steigt. Wer darf heute die Fibelraben Leo, Leonie und Bruder Leo mit nach Hause nehmen? Aber erst einmal erzählen lassen, was die gestern bei den Kindern erlebt haben. Schon wieder zuhören? Doch, es klappt. Man ist erwartungsvoll. Melanie und Merlin erzählen in der »Ichform« – nett. Jetzt der Höhepunkt: Jeder Rabe zieht den nächsten Namenszettel. Freude und Enttäuschung, aber man kann es schon aushalten. Keiner ist ernsthaft böse, weil er heute nicht dran ist. Jetzt fehlen noch 10 Minuten bis zur großen Pause. Also gut, wer möchte, darf sich sein Turnzeug anziehen und schon auf den Hof gehen. Nein, nicht mit den Gymnastikschuhen, nein, nicht mit den Gymnastikschuhen, nein, nicht mit den… Draußen sammeln wir uns im Steinlabyrinth, da ist viel zu entdecken, schaut mal da und dort und … etwa 98 »Frau Werner«-Rufe. Ich muss alles ansehen, was man so entdeckt, vieles mehrmals.

Dann hole ich rasch einige Murmeln für die Steinmurmelbahnen, ich, ich, ich. Wir suchen uns Sitzplätze auf den Steinen und spielen Kaffeetrinken, Kuchen essen, ein Ständchen für Frau Werner, ich rate, in welcher Hand die gepflückten Blumen sind, ungefähr 12 mal, ich trinke noch einmal imaginären Kaffee und dann: »Felix hat da hinten im Gebüsch gekackert!« Ach was, nein, das glaube ich nicht. Doch, es stimmt!

Alle Kinder sammeln, gleich ist die Stunde zu Ende, Felix retten, reingehen, zwei Kinder schaukeln noch, einpacken, Stühle hochstellen, viele Kinder umarmen beim Tschüs-sagen, Felix die schmutzigen Sachen ausziehen, einpacken, trösten. Fenster schließen, Tür zumachen, mehrere Turnbeutel draußen anhängen, Schuhe hochstellen….Schluss!

Die Klasse wurde übrigens eine meiner Lieblingsklassen, mit hoher Sozialkompetenz.

Liebe KollegInnen, die ihr noch lange durchhalten müsst: Lasst euch von den bürokratischen Widrigkeiten nicht unterkriegen und freut euch über alle SchülerInnen, die sich von euch helfen und lenken lassen. ■

FOTO: PRIVAT

Angelika Werner, war 30 Jahre lang Klassenlehrerin an einer Grundschule

Politische Entscheidung – Pädagogische Baustelle

Die Berliner Schullandschaft ist nicht nur baulich ein Sanierungsfall. Auch pädagogisch hat die jüngste Strukturreform mit der Einrichtung der Integrierten Sekundarschulen (ISS) viele Kollegien auf einer offenen Baustelle hinterlassen. Die Refik-Veseli-Schule in Kreuzberg ist eine solche Baustelle, auf der sich derzeit viel tut. Ein Gespräch zwischen Schulleiterin Ulrike Becker, Klaus Brunswicker, der die Schule im Prozess der Schulentwicklung berät, und Thomas Isensee (*bbz*).

bbz: Warum haben Sie Beratungsbedarf, Frau Becker?

Becker: Als ich 2013 an die Schule kam, war die Entscheidung zum Einstieg in das Turnaround-Programm (siehe Kasten) bereits gefallen. Hintergrund waren vor allem zu geringe Anmeldezahlen und insgesamt unbefriedigende Abschlüsse.

Brunswicker: Die Schule ist aus der Fusion von zwei Hauptschulen hervorgegangen. Das ist schulpolitisch der »Schwarze Peter«, der denkbar ungünstigste Start einer ISS.

Becker: Unter den angemeldeten SchülerInnen gab es bereits zu Hauptschulzeiten einen hohen Anteil von SchülerInnen nicht deutscher Herkunft und einen hohen Anteil einkommensschwacher Familien. Was fehlte, war die Mischung, die notwendige Heterogenität der Schülerschaft. Da hatte sich mit der Umwandlung in eine ISS allein noch nichts geändert.

Wie setzt sich die Schülerschaft nach Schulleistung zusammen?

Becker: In der Vergangenheit hatten sich für die 7. Klassen überwiegend sehr leistungsschwache SchülerInnen angemeldet. Durch Zuweisung von RückläuferInnen aus den Gymnasien ist dann die Zusammensetzung der Schülerschaft insgesamt schon heterogener geworden. Die Lehrkräfte haben sehr intensiv mit den Schülerinnen und Schülern gearbeitet, und die Ergebnisse lassen sich sehen: Über 40 Prozent haben 2015 den Zugang zur gymnasialen Oberstufe erreicht.

Die Abschlüsse sind doch erheblich besser ausgefallen, als durch die Grundschulprognose vorhergesagt wurde?

Becker: Heterogene Gruppen fördern eben auch die Leistungsschwächeren.

Brunswicker: Das war ja schon das Prinzip der Gesamtschulen in den 40 Jahren vor der Schulstrukturreform. Die erfolgreichen Gesamtschulen haben das auch erreicht: Die SchülerInnen sind am Ende von Klasse zehn im Durchschnitt leistungsstärker als Ende Klasse sechs prognostiziert. Heterogenität als Grundprinzip war und ist erfolgreich.

»Wir hatten den denkbar ungünstigsten Start.«

Die öffentliche Meinung redet doch immer von Niveausenkung.

Brunswicker: Das stimmt eben nicht, wie praktische Erfahrung und zahlreiche Studien zeigen. Aber Eltern mögen ihr Kind offenbar nicht an einer Schule anmelden, von der sie annehmen, dass sich dort eine leistungsschwache Schülerschaft konzentriert und die Stärkeren sich für die Schwachen opfern müssen. So altruistisch ist natürlich niemand. Schulentwicklung muss vielmehr mit dem richtigen Grundsatz der Heterogenität eine Perspektive bieten für alle.

Heterogenität bleibt also Leitlinie der Schulentwicklung an der Refik-Veseli-Schule?

Becker: Ja, und sie wird offenbar akzeptiert: Aufgrund des neuen Schulprogramms sind dieses Jahr vier Klassen eingerichtet worden, und zwar erfreulich heterogen zusammengesetzt. Rund 20 Prozent haben eine Gymnasialprognose.

Was sind denn die zentralen Elemente einer solchen erfolgreichen Schulentwicklung?

Becker: Wichtig sind für uns die individuelle Profilbildung ab Klasse sieben, die durchgängige Partizipation von SchülerInnen und Eltern, die Einrichtung einer Montessori-Klasse sowie die Einführung eines regelmäßigen LehrerIn-SchülerIn-Feedback-Gesprächs.

Brunswicker: Das sind die zentralen Punkte der Veränderung. Schon von Anfang an wurden diese Grundsätze auch mit den Eltern der Grundschulen diskutiert, aus denen die Schülerinnen und Schüler kommen. Da haben sich dann auch Eltern zur Anmeldung entschlossen, die sonst ihre Kinder woanders angemeldet hätten, aber jetzt eben eine solche Schulentwicklung wohnortnah in ihrem Kiez wollten. Dort gab es bisher keine Schule, die in 13 Jahren zum Abitur führte. Deshalb ist das Angebot einer Oberstufe hier auch so wichtig.

WIE KOMMT DIE SCHULE ZU IHREM NAMEN?

Refik Veseli war ein muslimischer Albaner, der während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg jüdische Familien gerettet hat. Die Schule hatte bereits über längere Zeit eine Kooperationspartnerschaft mit dem Jüdischen Museum. Daraus entwickelte sich eine SchülerInnen-Fahrt nach Israel und Palästina mit anschließendem Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem. Dort wurden die SchülerInnen auf Refik Veseli als »Gerechten unter den Völkern« aufmerksam und ergriffen die Initiative zu der Namensgebung. Schulleiterin Becker gefällt der Name auch daher, weil er ein immer wieder nutzbarer Ansatzpunkt für pädagogische Initiativen an der Schule sei.

FOTO: REFIK-VESELI-SCHULE

Schulentwicklung bedeutet doch eine Menge Arbeit – wie hat das Kollegium das bewältigt?

Becker: Das Schulprogramm wurde nach anderthalb Jahren intensiver Arbeit 2014 beschlossen und soll ab Schuljahr 2015/16 für die neuen Klassen im siebten Jahrgang gelten. Ältere Kolleginnen und Kollegen, die kurz vor der Pensionierung stehen, müssen sich daher nicht mehr völlig umstellen. 2014/15 war ein Baustellenjahr mit hohen Belastungen, aber da alle den Nutzen für die Zukunft gesehen haben, haben es auch alle mitgetragen. Das Kollegium spürt auch die Anerkennung im städtischen Umfeld und in der Öffentlichkeit allgemein. Die ganze

»Schulentwicklung mit dem Grundsatz der Heterogenität muss eine Perspektive für alle bieten.«

Entwicklung ist nicht denkbar ohne das gemeinsame Engagement von Eltern, Schülerschaft, Kollegium, Quartiersmanagement und gesellschaftlichem Umfeld. Dieser Zusammenhang im Kiez ist einzigartig. Das habe ich noch nicht erlebt. In Kreuzberg haben Stadtrat und Schulaufsicht uns von Anfang an unterstützt. Das gilt für die zügige Besetzung von Stellen, Bewilligung von Fortbildungen und die Ermöglichung des personellen Austauschs mit den benachbarten Grundschulen.

Damit entfällt auch der übliche Vorwurf sektiererisch abgehobener Reformpädagogik. Wie steht denn die GEW dazu?

Becker: Ich denke, dass die GEW Kreuzberg unsere Schulentwicklung unterstützt.

Und das, wo doch das bisschen finanzielle Unterstützung über die Robert-Bosch-Stiftung und das Turnaround-Programm geht, das die GEW an sich ablehnt, oder?

Becker: Die Unterstützung ermöglichte unter anderem eine Studienfahrt zur Max-Brauer-Schule in Hamburg, die Finanzierung schulischer Projekte sowie Fortbildungen und die Prozessbegleitung durch Herrn Brunswicker.

Brunswicker: Grundsätzlich finde ich die Idee der Stiftung, gemeinsam mit der Senatsbildungsverwaltung Schulen in schwieriger Lage zu unterstützen, nicht falsch.

Die GEW lehnt Turnaround wegen der Verquickung der Schulentwicklung mit privatwirtschaftlichen Interessen ab. War das bei Euch an der Refik-Veseli-Schule zu spüren?

Becker: Ich habe an keiner Stelle gespürt, dass ich bei meiner Arbeit im Turnaround-Projekt betriebswirtschaftlichen oder politischen Vorgaben folgen sollte. Ich glaube, da muss man mal aus den Schützengräben raus. Aus meiner Sicht liegt die Chance des School-Turnaround-Projektes an unserer Schule vor allem darin, dass die Schule, die Schulaufsicht, der Bezirk, die Senatsschulverwaltung gemeinsam Ziele vereinbaren und sie engagiert verfolgen.

Brunswicker: Und die Senatsverwaltung hat rechtzeitig die Oberstufe genehmigt. Die Oberstufe ist nicht der einzige Erfolgsfaktor für eine ISS, aber die Perspektive einer Oberstufe ist für viele Eltern in diesem Kiez doch sehr wichtig.

Können Sie denn von den Schülerzahlen her eine Oberstufe tatsächlich anbieten?

Becker: Wir werden eine Oberstufe gemeinsam mit der Emanuel-Lasker–Oberschule in Friedrichshain anbieten. Voraussichtlich wird an beiden Standorten ein elfter Jahrgang eingerichtet.

Brunswicker: Dafür ist die Nachfrage mit Sicherheit da. Die Erfahrung der ehemaligen Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe zeigt, dass es in der elften Klasse eine enorme Nachfrage auch von SchülerInnen aus den Gymnasien und anderen ISS gibt.

Ist das groß genug?

Brunswicker: Es reicht aus, um die wichtigsten Leistungskurs-Kombinationen mit den nötigen Grundkursen anbieten zu können. Auch an Gymnasien gibt es eingeschränkte Angebote im Kurssystem. Unter 50 SchülerInnen würde ich allerdings nicht gehen wollen, aber ab 70

»In Kreuzberg haben Stadtrat und Schulaufsicht uns von Anfang an unterstützt.«

ist vieles möglich. Man kann dann vielleicht nicht Physik und Musik als Leistungskurs (LK) anbieten. Aber Einschränkungen im LK-Angebot wären vertretbar.

Der Sinn der reformierten Oberstufe war doch, individuelle Bildungswege zu ermöglichen.

Brunswicker: Deswegen würde ich von Mini-Oberstufen abraten. Das wäre ein Rückschritt.

Ganz zum Schluss noch einmal zur schulpolitischen Perspektive: Wenn wirklich eine gemeinsame Basis zwischen Verwaltung, Politik und schulischem Umfeld, ein Grundkonsens darüber, was Schule heute leisten soll, zustande gekommen ist – wie soll es auf dieser Basis weitergehen?

Becker: Ich würde mir die konstruktive Zusammenarbeit zwischen bezirklicher Ebene und Senatsschulverwaltung, wie wir sie erlebt haben, für die ganze Stadt wünschen. Nötig wäre eine Zusammenarbeit aller Schulen – eine »Bildungslandschaft« Friedrichshain-Kreuzberg – mit ihren unterschiedlichen Profilen. Diese Bildungslandschaft müsste gemeinsam auftreten mit ihren Profilen, die verschiedene Interessen ansprechen.

»TURNAROUND«

Im Rahmen des »Turnaround«-Programms werden in den Jahren 2013 bis 17 zehn »Schulen in schwieriger Lage« in den Feldern Unterrichtsqualität, Schulmanagement, Schulkultur und Ergebnisse durch BeraterInnen unterstützt. Das Projekt wird von der Robert-Bosch-Stiftung und der Berliner Senatsverwaltung gemeinsam getragen. Die GEW lehnt Turnaround wegen des Einflusses privatwirtschaftlicher Interessen auf die Schulentwicklung durch die Bosch-Stiftung grundsätzlich ab.

Gestalten statt verwalten – ein Jahr neues Lehrkräftebildungsgesetz

Ein Bericht von der Personalversammlung der LehramtsanwärterInnen.

von Dennis Daniel

Unter dem Motto »Gestalten statt Verwalten« hat der Personalrat der LehramtsanwärterInnen (PR-LAA) auf seiner Personalversammlung den ReferendarInnen in Berlin auch in diesem Jahr wieder ein Forum zum Austausch geboten. Er hat sich dabei nicht nur auf individuelle Fragen der Personalvertretung beschränkt, sondern sich auch als politisches Gremium behauptet. Am Ende steht eine handfeste Resolution, die klare Forderungen stellt und die Ausgestaltungsnot der neuen Verordnung für die LehramtsanwärterInnen verdeutlicht.

Inhaltlichen Auftakt der Personalversammlung bildete die Präsentation der Ergebnisse einer eigenständig vom PR-LAA entwickelten und vor den Sommerferien 2015 durchgeführten Evaluation des Vorbereitungsdienstes. Mit dieser Evaluation soll der Grundstein für eine transparente, öffentliche Debatte gelegt werden, nachdem von der Senatsbildungsverwaltung nun schon einige Jahre eine Evaluation mit Fokus auf die Seminarqualität durchgeführt und nicht-öffentlich für die eigene Agenda genutzt wird.

Knapp ein Drittel aller LehramtsanwärterInnen hat an der Befragung der PR-LAA teilgenommen. Davon sind ein Drittel eher nicht oder gar nicht zufrieden mit der Praxisanbindung der Allgemeinen Seminare. Ähnlich ist die Situation – wenn auch in anderen Proportionen – bei der Einschätzung der Fachseminare.

Im Zentrum der Veranstaltung stand dann eine Podiumsdiskussion, an der sich für die Senatsbildungsverwaltung Staatssekretär Mark Rackles und Anja Herpell, Verantwortliche für Grundsatzangelegenheiten der LehrerInnenbildung der Zweiten Phase, sowie für den Vorstandsbereich LehrerInnenbildung der GEW BERLIN die Vorsitzende Laura Pinnig und der Referent Matthias Jähne beteiligten. Diskutiert wurden die Themenfelder Regionalisierung, Zweitschulenregelung, Einstellungssituation 2015/16 und aus gegebenem Anlass das Thema Diskriminierung.

AUFRUF ZUR WAHL

Der PR-LAA hat mit der diesjährigen Personalversammlung und den Tätigkeiten der vergangenen Legislaturperiode mal wieder bewiesen, wie wichtig es ist, eine aktive Personalvertretung aufzubauen und zu fördern. Vom 23. November bis 4. Dezember findet die diesjährige Personalratswahl in den Allgemeinen Seminaren statt. Wenn auch du die Arbeit des PR-LAA unterstützen willst, melde dich unter info@pr-laa.de. Geht wählen für eine starke Stimme!

Mehr Informationen: www.pr-laa.de

Regionalisierung

Mit der neuesten Reform wird Berlin bildungsverwaltungstechnisch in vier Regionen geteilt. Jede LehramtsanwärterIn wird einer Region zugeordnet und besucht dann innerhalb dieser Region ihr Allgemeines Seminar, ihre Fachseminare und ihre Schule(n). Organisiert wird das Ganze über weitergebildete RegionalkoordinatorInnen, auch wenn formell die Behörde verantwortlich bleibt. Eine Instanz zusätzlich also, die entscheiden soll, wann und wie beispielsweise der

FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Antrag auf Wechsel eines Seminars erfolgen darf und wohin. Die VertreterInnen der Behörde blieben im Gespräch nicht säumig, beschwichtigend zu betonen, dass dies in Ausnahmefällen auch weiterhin regionsübergreifend möglich bleiben wird. Dass aber für die gewünschte neue Regel, die Konzentration in Regionen, die sicherlich nicht nur Bürokratieerleichterungen und kürzere Fahrtwege bedeutet, keine Verordnungsgrundlage besteht, das musste erst von uns verdeutlicht werden. Die GEW und der PR-LAA betonten einstimmig, dass der regionsübergreifende Wechsel weiterhin im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten uneingeschränkt möglich bleiben muss.

Zweitschulregelung

Nach der neuen Verordnung für den Vorbereitungsdienst müssen alle LehramtsanwärterInnen für das Oberschullehramt in der Sekundarstufe I und II unterrichten und dort auch geprüft werden. In der Verordnung ist dementsprechend geregelt, dass spätestens zum dritten Ausbildungssemester Unterricht in der gymnasialen Oberstufe zu gewährleisten ist. Für viele LehramtsanwärterInnen bedeutet diese Regelung, dass eine zweite Schule gefunden werden muss, da einige Integrierte Sekundarschulen keine eigene gymnasiale Oberstufe haben. In der Praxis passiert vorher auch nicht viel. Das hat zur Folge, dass die LehramtsanwärterInnen nur ungefähr 20 Unterrichtsstunden Zeit haben, sich im Unterrichten in der bis dato fremden Sekundarstufe zu erproben, die potenzielle Prüfungsklasse kennenzulernen, die natürlich in der Kürze der Zeit nicht mehr gewechselt werden kann, und die Unterrichtsreihe für die Prüfung durchzuführen, bevor diese dann stattfindet. Wenige Betroffene sind zufrieden mit der aktuellen Lösung. Der PR-LAA fordert daher die rechtlich verpflichtende Ermöglichung einer Zweitschule schon zum zweiten Ausbildungshalbjahr, damit genügend Zeit zum Kennenlernen und Vorbereiten bleibt.

Einstellungssituation 2015/16

Durch den doppelten Prüfungsjahrgang (alte Verordnung 24 Monate, neue Verordnung 18 Monate Vorbereitungsdienst) im Frühjahr 2016 ist zu befürchten, dass es zu einem Einstellungsengpass kommt, der den realen Bedarf an den Schulen nicht widerspiegelt. Rund 970 AbsolventInnen des regulären Vorbereitungsdienstes hoffen auf eine Übernahme in den Berliner Schuldienst. Auf die Frage, wie der Verbleib dieser Lehrkräfte, die real zum Sommer wieder dringend gebraucht werden, gesichert werden kann, musste Rackles einräumen, dass viele Oberschullehrkräfte »nur« ein Angebot für die Grundschule bekommen würden.
Der Lehrkräftebedarf an den Berliner Grundschulen ist riesig und daran wird sich in den nächsten Jahren auch nicht viel ändern. Umso unverständlicher ist es, dass die GrundschulpädagogInnen deutlich höheren Arbeitsbelastungen im Vorbereitungsdienst ausgesetzt sind als die ReferendarInnen der anderen Lehrämter. Sie müssen seit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung drei Fachseminare besuchen und sechs Unterrichtsbesuche pro Ausbildungshalbjahr ableisten. Die OberschulreferendarInnen dahingegen haben vier Unterrichtsbesuche im Ausbildungshalbjahr zu absolvieren, im letzten sogar nur zwei.

Antidiskriminierung

In der Evaluation des PR-LAA gaben acht Prozent der Befragten an, während des Vorbereitungsdienstes bereits diskriminiert worden zu sein. Aus der aktuellen Fallbetreuung ist der PR-LAA zu der Erkenntnis gelangt, dass die Behörde strukturell blind für Diskriminierung zu sein scheint. Verantwortlichkeiten werden überprüft, Formalia und Datensätze verglichen, aber ein Angebot mit Betroffenen über das bestehende Gefühl der Diskriminierung zu sprechen, das scheint unmöglich. Schon die Vokabel wird behördlich gemieden. Rackles verwies daraufhin auf die seit Jahren effektive Zusammenarbeit mit der internen Beschwerdestelle.

DIE RESOLUTION

Die Personalversammlung der LehramtsanwärterInnen fordert die Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft auf,

1. dafür zu sorgen, dass allen LehramtsanwärterInnen (ISS/Gymnasium) der Ausbildungsunterricht in der gymnasialen Oberstufe bereits spätestens zu Beginn des zweiten Ausbildungshalbjahres rechtlich verpflichtend ermöglicht wird,
2. die Zahl der verpflichtenden Unterrichtsbesuche für GrundschulpädagogInnen auf vier Unterrichtsbesuche pro Ausbildungshalbjahr, im Prüfungssemester auf zwei Unterrichtsbesuche zu reduzieren.

Außerdem wären die Fälle so überschaubar in ihrer Anzahl, dass eine Forderung nach Änderungen in diesem Bereich völlig übereilt scheint. Dem widersprach Laura Pinnig. Die Frage, wann ein Diskriminierungsfall als solcher anerkannt und untersucht wird, ist intern kaum ohne Interessenkonflikte zu lösen. Wenn im Zweifel eine Seminarleitung diskriminierender Tendenzen überführt wird, bleibt fraglich, wie weit diese reichen müssen, bevor man intern zu Konsequenzen gezwungen sein könnte. Die GEW und der PR-LAA setzen sich deshalb weiterhin nachdrücklich für die Einrichtung einer externen Anti-Diskriminierungsstelle für das Arbeitsfeld »Schule« ein. ■

Dennis Daniel, Vorsitzender des Personalrats der LehramtsanwärterInnen (PR LAA)

FOTO: PRIVAT

ANZEIGE

GRIPS

Kriegerin

URAUFFÜHRUNG am 11. November 2015
Nach dem Film von David Wnendt | ab 9. Klasse
Schulvorstellungen 25. und 26. November sowie 10. und 11. Dezember, jeweils 11.00 Uhr
Abendvorstellungen 12. und 24. November sowie 9. Dezember, jeweils 18.00 Uhr | 13. November 19.30 Uhr
GRIPS Hansaplatz Altonaer Straße 22, Berlin | U9 Hansaplatz | S Bellevue | 030 – 39 74 74 – 77 | grips-theater.de

Eine Gipfelbilanz aus hochschulpolitischer Sicht

Vor sieben Jahren rief Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bildungsrepublik aus. Das deutsche Bildungssystem sollte bis 2015 durch Chancengerechtigkeit, individuelle Förderung und Leistungsorientierung gekennzeichnet sein. Was ist daraus geworden?

von Henrik Piltz

Unter dem Titel »Aufstieg durch Bildung« verabredeten Bund und Länder im Jahr 2008 ein umfangreiches Bündel an bildungspolitischen Maßnahmen und Zielen, um allen einen »bestmöglichen Start ins Leben und Aufstieg durch Bildung [zu] ermöglichen«. Das deutsche Bildungssystem sollte durch Chancengerechtigkeit, individuelle Förderung und Leistungsorientierung gekennzeichnet sein. An den Universitäten und Fachhochschulen wollen Bund und Länder dies durch die Erfüllung zweier Zielsetzungen bis Ende 2015 erreichen: Die StudienanfängerInnennquote sollte auf 40 Prozent eines Altersjahrgangs gesteigert und die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung auf sieben Prozent sowie für Forschung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht werden.

Das Ziel, die StudienanfängerInnenquote zu steigern, kann als erfüllt angesehen werden. Zwischen 2008 und 2013 ist diese von 33,2 Prozent auf 48,8 Prozent eines Altersjahrganges angestiegen. Berücksichtigt werden muss allerdings, dass in dieser Quote die doppelten Abiturjahrgänge, die aus der Einführung von Klassen mit einer verkürzten Sekundarstufe resultieren, eingerechnet sind. Wie stark diese die StudienanfängerInnenquote verzerren, ist nicht bekannt. Im Jahr 2013 erwarben in Nordrhein-Westfalen und Hessen die ersten doppelten Abiturjahrgänge ihre Allgemeine Hochschulreife.

Für die Ausgaben für Bildung und Forschung ergibt sich ein negatives Bild: Sie sind zwischen 2008 und 2012 lediglich um 0,4 auf 9 Prozent des BIP gewachsen. Ein Rückgang um 0,1 Prozent gegenüber 2011. Um das Zehn-Prozent-Ziel zu erreichen, hätten 2012 mehr als 27,5 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung verausgabt werden müssen. Ein derartiger Anstieg ist auch in den Folgejahren bisher nicht zu beobachten gewesen.

FOTO: OLLY/FOTOLIA

Eine negative Entwicklung lässt sich ebenso für die Grundmittel der Hochschulen in Trägerschaft der Länder beobachten. Zwischen 2008 und 2012 sind diese zwar von 14,4 auf 17 Milliarden Euro angewachsen, ihr Anstieg von rund 18 Prozent bleibt jedoch hinter dem der Studierendenzahlen von 23,4 Prozent zurück. Die pro Studierenden verfügbaren Grundmittel sanken von 7.667 auf 7.333 Euro.

Soziale Selektion weiterhin hoch

Eine steigende StudienanfängerInnenquote wird für Deutschland als ein Indikator für mehr Chancengerechtigkeit interpretiert, weil der Zugang zu einem Studium in kaum einem anderen Industrieland in so hohem Maße von der sozio-ökonomischen Herkunft abhängig ist. Ebenso ist die Studierendenquote insgesamt im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich.

Die Daten aus der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes zur Zusammensetzung der Studierendenschaft für die Jahre 2006 bis 2012 zeigen jedoch, das trotz steigender StudienanfängerInnenzahlen ihre Bildungsherkunft unverändert bleibt. Im Jahr 2012 stammte, wie sechs Jahre zuvor, die Hälfte der Studierenden aus AkademikerInnenhaushalten. Der Anteil der Kinder aus AkademikerInnenhaushalten, die ein Studium aufnahmen, stieg von 71 Prozent im Jahr 2007 auf 77 Prozent im Jahr 2009 an. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Kinder aus Nicht-AkademikerInnenhaushalten, die ein Studium aufnahmen, von 19 auf 23 Prozent. An der sozialen Selektion im deutschen Bildungssystem hat sich also trotz eines starken Anstieges der StudienanfängerInnenquote nicht viel verändert.

Bildungsausgaben unterdurchschnittlich

Ein Teil dieser Entwicklung lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit durch die Verfehlung des 10-Prozent-Ziels erklären. Denn für Deutschland gilt, ebenso wie im Falle der Studierendenquote, das sowohl die öffentlichen als auch die gesamten Bildungsausgaben im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich sind.

Eine Folge dieser geringen Bildungsausgaben ist die Unterfinanzierung des deutschen Hochschulsystems, wie sie beispielsweise vom Wissenschaftsrat im Jahr 2008 ermittelt wurde. Aufgrund der seitdem erfolgten Reduzierung der Grundmittel pro Studierenden hat sich die Finanzsituation der Hochschulen bis ins Jahr 2012 weiter verschlechtert. Dies gilt ebenso für die individuelle Förderung von Studierenden. Seit 2010 sind die BAföG-Höchstsätze und -Freibeträge nicht mehr erhöht worden. Die zum Wintersemester 2016 in Kraft tretende Erhöhung wird die zwischenzeitlich stattgefundene Preissteigerung nicht kompensieren. Als Folge ist die Zahl der BAföG-EmpfängerInnen in den Jahren 2013 und 2014 gesunken, trotz eines weiteren Anstiegs der Studierendenzahlen.

Schlechte Studienbedingungen und finanzielle Probleme sind zwei Hauptgründe für einen vorzeitigen Studienabbruch in Deutschland. Dies ergaben Studien des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW). Fast ein Drittel aller Studienabbrüche werden auf diese beiden Gründe zurückgeführt. Die eigene und familiäre finanzielle Situation ist zudem ein wichtiger Indikator für junge Menschen, sich für oder gegen ein Studium zu entscheiden, insbesondere wenn sie aus Nicht-AkademikerInnenhaushalten stammen.

Ziele verfehlt – verfehlte Ziele

Die Ziele des Qualifizierungsgipfels sowie deren Umsetzung haben nur wenige Impulse für mehr Bildungsbeteiligung und Aufstiegschancen gesetzt. Dies ist zum Ersten auf das Verfehlen des selbst gesteckten Ziels zur Steigerung der Bildungsausgaben zurückzuführen. Eine der Hauptursachen für die starke soziale Selektion im deutschen Bildungssystem, seine Unterfinanzierung, hätte verringert werden können. Zum Zweiten hat die ausschließliche Fokussierung auf die StudienanfängerInnenquote nicht zu ergänzenden Maßnahmen geführt, die Kindern aus Nicht-AkademikerInnenhaushalten zu einer verstärkten Aufnahme eines Studiums veranlassten. Die auf dem Bildungsgipfel vereinbarten Ziele und deren Umsetzung sind demnach nur bedingt geeignet allen einen »bestmöglichen Start ins Leben und Aufstieg durch Bildung [zu] ermöglichen«. ■

Henrik Piltz, Abteilung Wissenschaft in der GEW BERLIN

FOTO: PRIVAT

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Ich bestelle das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, bei der SEB-Bank Berlin, IBAN: DE43 1001 0111 1542 9295 00 BIC: ESSEDE5F100 überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Zeit zum Üben

Der GEW-Singkreis beim Workshop in Fohrde

Da müssen wir wieder hin«, resümierte Louis von Simons, die unsere Singkreisreise nach Fohrde organisiert hatte. Auch wenn das Wetter meist nicht mitspielte, die Landschaft, die alte Villa im Park am Wasser und vor allem die Möglichkeit, ungestört zu jeder Tages- und Nachtzeit singen (und schwimmen) zu können, boten die ideale Arbeits- und Erholungsatmosphäre für die 16-köpfige Gruppe. Ulfert Krahé war bewährter und idealer Begleiter auf der Gitarre und auch motivierender Moderator: »Schön, dass ich hier die Mitglieder der Gruppe persönlicher kennenlerne – wir singen ja schon viele Jahre zusammen!«

Ein wichtiger Teil unserer Übungen war die Vorbereitung unseres Auftritts für die Ehrung der GEW-SeniorInnen. Allen war wichtig, Zeit und Ruhe zum Üben, aber auch zu Reflektionen über Geschichte und politische Hintergründe alter und neuer Lieder zu haben. So können auch alte Volkslieder berührend politisch aktuell sein, zum Beispiel das vielgesungene und von unterschiedlichsten Gruppen interpretierte Lied »Ein stolzes Schiff«, das Mitte des 19. Jahrhunderts (um 1855) im Zuge großer deutscher Auswanderungswellen populär wurde:

»Sie ziehn dahin auf
blauen Meereswogen,
warum verlassen sie
ihr Heimatland?....
Man hat sie um ihr Leben
schwer betrogen,
die Armut trieb sie aus
dem Vaterland.
Schauet auf, ihr Unterdrücker,
schauet auf, ihr Volksbetrüger,
seht eure besten Arbeitskräfte fliehn...
sie ziehn dahin, wer wagt
sie noch zu fragen?
Warum verlassen sie ihr Heimatland?...«

Natürlich enthält das große Repertoire der SängerInnen nicht nur ernste Lieder, aber alle, auch die neueren, sind ein wichtiges Kulturgut, das es zu pflegen und vielleicht ein bisschen vom verschnarchten Image zu befreien gilt. Danke an Ulfert Krahé für sein Engagement – ohne ihn ginge nichts! *Anne Leipert*

Lehrkräfte am OSZ Lotis protestieren vor dem Regierenden Bürgermeister.

FOTO: CHRISTIANE NAHRENDORF

Der Regierende am OSZ Lotis

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller besucht die Willkommensklasse am OSZ Lotis. Neben einem herzlichen Willkommen gab es aber auch Kritik von der GEW Schulgruppe.

von Andrea Kruschke & Jörg Zimmermann

Michael Müller besuchte im Sommer das Oberstufenzentrum Lotis. Vor allem interessierte ihn unsere Willkommensklasse, die wir im November 2014 sehr kurzfristig eingerichtet hatten. Der Wahlkampf in Berlin hat schon begonnen.

Intensive Gespräche mit jugendlichen Geflüchteten

Nach der Vorstellung des OSZ durch Schulleiterin Vera Jaspers sah der Regierende Bürgermeister die Leistungskurse Biologie beim selbst organisierten Lernen. Anschließend ging es zu den Jugendlichen aus Syrien, Togo, Somalia und dem Kosovo in unserer »Wiko 41«. Klassenlehrer Gerhard Platt erläuterte unser Konzept der Wiko-Klasse und freute sich, dass der »wichtigste Mann in dieser Stadt« sein Augenmerk auf die Situation und die Ansichten der Geflüchteten in Berlin richte. Müller kam mit unseren SchülerInnen in ein angeregtes Gespräch. Die SchülerInnen stellten dem Bürgermeister Fragen zu seiner Ausbildung und zur Wohnungsproblematik in Berlin. Die engagierte Arbeit der KollegInnen in der Wiko-Klasse beeindruckte Müller. Unsere Sozialarbeiterin machte ihn nachdrücklich darauf aufmerksam, dass gerade minderjährige unbegleitete Geflüchtete in einer rechtlich unhaltbaren Situation in Deutschland sind – beispielsweise gelten unbegleitete 16-Jährige bereits als Volljährige.

»Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!« fordert die GEW-Betriebsgruppe

Etwas überrascht war der sozialdemokratische Besucher dann, als er von über 20 Kolleginnen und Kollegen mit Transparenten empfangen wurde. Die GEW-Betriebsgruppe zeigte die Unzufriedenheit mit der ungleichen Entlohnung von angestellten und verbeamteten Lehrkräften auf. Sie kritisierte heftig die Arbeitszeitverlängerungen der letzten Jahre (Pflichtstunden, AZK-Betrug und Präsenztage) und betonte auch die besondere Verantwortung der SPD in Berlin für diese Ungerechtigkeiten. Dringend forderten die KollegInnen einen Ausgleich der Ungerechtigkeiten durch einen Tarifvertrag. »Das ist eine Frage des Respekts und der Anerkennung unserer Arbeit, ob der Senat mit uns verhandelt oder einseitig von oben herab entscheidet«, so der Tenor.

Michael Müller zeigte seine Ablehnung für unsere Anliegen sehr deutlich. Alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus seien sich einig, dass Berlin weiterhin sparen müsse, dass es einen bindenden Beschluss, in Berlin nicht mehr zu verbeamten gebe, dass keine Lehrerstellen gestrichen werden sollten (danach hatte

auch niemand gefragt). Die Beseitigung der angesprochenen Ungerechtigkeiten hat offenkundig nur geringe Priorität. Der damit verbundene Unfrieden und die Qualitätsverluste sind vielleicht noch nicht deutlich genug geworden. Zu den Forderungen nach Tarifverhandlungen mochte sich Müller gar nicht äußern, offensichtlich sieht er da (derzeit?) keinen Handlungsbedarf.

Schließlich wurde Müller ein offener Brief der GEW-Betriebsgruppe überreicht, in dem auch auf bildungspolitischen Handlungsbedarf hingewiesen wird: So betonten wir die Notwendigkeit der vollzeitschulischen Ausbildung an OSZ und kritisierten den Ausbau gymnasialer Oberstufen auf Kosten der OSZ. Der Regierende nahm den Brief entgegen und stellte immerhin in Aussicht, im Herbst noch einmal zu uns zu kommen.

Von der Enttäuschung zu neuen Aktionen?

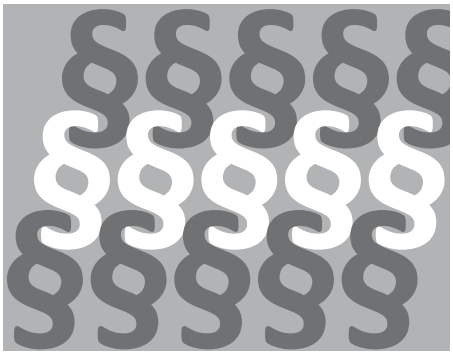
Am Ende des Tages blieb unter den KollegInnen des OSZ Lotis eine zwiespältige Stimmung zurück. Für die jugendlichen Geflüchtete und unsere Arbeit mit der Wiko-Klasse war der Besuch von Michael Müller eine Anerkennung ihres Engagements und der erfolgreichen Arbeit. Welche Bedingungen und Perspektiven der Senat Geflüchteten in Berlin in Zukunft verschafft, bleibt weiterhin kritisch zu betrachten.

Für die AkteurInnen der GEW-Aktion blieb ein gutes Gefühl über die gelungene gemeinsame Aktion. Die Antworten des Regierenden erzeugten eher Ernüchterung und Enttäuschung. Kein Wort der Anerkennung unserer Situation, stattdessen neoliberale Parolen – auch ruhig vorgetragen werden sie nicht genießbarer. Kein Zugehen auf unsere Forderungen – keine Eröffnung von (Verhandlungs-) Perspektiven. So sind wir wohl doch wieder auf uns selber zurückgeworfen: Ohne kraftvolle Streiks werden sich dieser Regierende und dieser Senat wohl kaum bewegen. In dem Sinne ist Enttäuschung aber auch ein heilsamer Prozess. ■

Andrea Kruschke & Jörg Zimmermann, Mitglieder der GEW-Betriebsgruppe am OSZ Lotis

Berliner Besoldung ist nicht amtsangemessen

Jeder weiß es. Die BeamtInnenbesoldung ist in Berlin aufgrund der Sparmaßnahmen geringer als in jedem anderen Bundesland.



von Holger Dehring

Die Berliner DGB-Gewerkschaften fordern seit einigen Jahren ein gesetzlich geregeltes Anpassungsverfahren. Das blieb nicht ungehört. Den ersten Schritt hat das Berliner Abgeordnetenhaus im Juli 2014 getan. Für die Jahre 2014 und 2015 wurde eine Besoldungserhöhung beschlossen, die über der Tarifentwicklung liegt und höher als in den anderen Bundesländern ist. Zudem wird die Besoldungserhöhung ab 2016 um 0,5 Prozent höher als der Durchschnitt der anderen Bundesländer sein. Das reicht jedoch nicht aus um schnell die »Rote Laterne« abzugeben. Deshalb werden die DGB-Gewerkschaften nicht locker lassen. Mit dem Urteil vom 5. Mai 2015 hat das Bundesverfassungsgericht einen weiteren Weg aufgezeigt, wie für eine amtsangemessene Besoldung »gesorgt« werden kann. In den Leitsätzen weist das Gericht darauf hin, dass die Sachwidrigkeit einer Besoldung nur »anhand einer Gesamtschau verschiedener Kriterien und unter Berücksichtigung der konkret in Betracht kommenden Vergleichsgruppen geprüft werden« kann. Diese Gesamtschau führte zur Entscheidung, dass die Besoldung der Besoldungsgruppe R1 für RichterInnen und Staatsanwältinnen in Sachsen-Anhalt für die Jahre 2008 bis 2010 sachwidrig war und das Land Sachsen-Anhalt aufgefordert wurde, dieses zu beheben. Am gleichen Tag urteilte das Bundesverfassungsgericht aber auch anders. Die Besoldung der Besoldungsgruppe R1 in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2003 und der Besoldungsgruppe R3 in Rheinland-Pfalz ab dem 1. Januar 2012 sind mit dem Grundgesetz vereinbar.

Auch das Verwaltungsgericht Berlin hat im November 2012 die Besoldung der Besoldungsgruppen A10, R1 und R2 bis zum Jahr 2011 im Einklang mit dem Grundgesetz gesehen. Dagegen wurde Berufung beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt. Eine Entscheidung wurde bisher nicht getroffen.

Es stellt sich immer wieder die Frage: Was können oder müssen BeamtInnen nun tun?

Antrag an die Behörde reicht nicht aus

Vielfach sind Muster für Widersprüche und Geltendmachungen im Umlauf, mit denen ein Anspruch begründet werden soll. Darauf hat die Senatsinnenverwaltung mit einem Rundschreiben reagiert. Sie macht darin deutlich, dass Nachzahlungsansprüche nur über eine Klage beim Verwaltungsgericht gesichert werden können. Ein Antrag an die Behörde reicht nicht aus.

Die GEW BERLIN hat nun mehrere Klagen im Bereich der A-Besoldung auf den Weg gebracht. Ziel ist die Herbeiführung von Entscheidungen, die sich nicht nur auf eine Besoldungsgruppe beziehen, sondern die gesamte A-Besoldung berücksichtigen. Von weiteren Klagen rät die GEW BERLIN ab. Sofern BeamtInnen mithilfe eines Widerspruchs beziehungsweise einer Geltendmachung ihren Unmut über die aktuelle Besoldung äußern wollen, ist dem nichts entgegenzusetzen. ■

Holger Dehring, Leiter der Rechtsschutzstelle der GEW BERLIN

FOTO RECHTS: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE; LINKS (BEIDE): PRIVAT

Beruf und Pflege – geht das?

Die Möglichkeit, Beruf und Pflege von Angehörigen zu vereinbaren, wird in Zukunft für unsere Gesellschaft immer wichtiger werden. An der Alice Salomon Hochschule wird über konkrete Maßnahmen nachgedacht. Wir stellen die Ergebnisse einer Umfrage dazu vor.

von Kerstin Miersch

Herr Vielzutun arbeitet an der Alice Salomon Hochschule (ASH) und bekommt einen Anruf aus seiner 750 km von Berlin entfernten Heimatstadt. Sein 67-jähriger Vater hat eine Operation nicht gut überstanden, er ist schwach und bettlägerig. Der Patient muss nun leider vorübergehend in einer stationären Pflegeeinrichtung untergebracht werden und braucht einen amtlich bestellten Vormund. Auch seine psychische Gesundheit hat nachgelassen. Das Krankenhaus bittet Herrn Vielzutun darum, sich mit der Sozialarbeiterin des Krankenhauses in Verbindung zu setzen, um die Notsituation zu regeln. Wahrscheinlich ist mit einer längeren Pflegezeit seines Vaters zu rechnen. Was nun? Was tun?

Im Gegensatz zu Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung, die an der Hochschule etabliert sind, ist die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ein noch junges Feld. Das bedeutet zum Ersten, dass manche Betroffene nicht wissen, welche rechtlichen Möglichkeiten sie haben. Zum Zweiten ist in Hochschulen oft nicht bekannt, wie viel und welchen Bedarf es unter den Beschäftigten gibt.

Auch an der ASH gibt es diese Wissenslücken. Aus diesem Grund haben Mitglieder der AG Familiengerechte Hochschule im April 2015 eine Umfrage zu diesem Thema unter den anwesenden Mitgliedern der Verwaltung durchgeführt. Die wichtigsten Ausgangsfragen waren: Wie viele Personen aus der Verwaltung pflegen an der ASH zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Angehörige oder erwarten in Zukunft eine familiäre Pflegesituation? Welche staatlichen sowie betrieblichen Unterstützungsmaßnahmen werden als sinnvoll erachtet, um Familien- und Berufsleben für alle Beteiligten zufrieden stellend miteinander zu verbinden?

Gesellschaftliche Veränderungen im Fokus

Für das tiefere Verständnis zunächst ein Blick auf die gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen: Seit 1975 verharrt die zusammengefasste Geburtenziffer pro Frau

FOTO: HIGHWAYSTARZ/ FOTOLIA

in Ost- und Westdeutschland zwischen 1,3 und 1,4 Kindern. 2,1 Kinder pro Frau wären notwendig, um die gegenwärtige Bevölkerungszahl zu erhalten. Ein niedriges Geburtenniveau bewirkt eine Schrumpfung der Bevölkerung, weil nicht genügend Kinder nachrücken, um die Elterngeneration zahlenmäßig zu ersetzen. Im Vergleich dazu ergibt sich für das Jahr 2030 eine durchschnittliche Lebenserwartung für Männer von 81 Jahren und für Frauen von 85,7 Jahren.

Zahl der LeistungsempfängerInnen wird immer größer

Die Gründe für diese Entwicklung liegen in den verbesserten Lebensbedingungen, in einer zunehmend guten Versorgung mit Medizin und Pflege, in veränderten Familienformen sowie einer steigenden Zahl von vor allem gebildeten Frauen, die sich sowohl für Kinder- als auch Ehelosigkeit sowie für Vollzeitberufstätigkeit und Karriere entscheiden.

Der Schrumpfungs- und Alterungsprozess der Gesellschaft bewirkt, dass die Zahl der LeistungsempfängerInnen beispielsweise aus der Renten- und Pflegeversicherung immer größer wird, die der LeistungserbringerInnen allerdings immer kleiner. Im Jahr 2060 müssen dann 67 ältere Menschen von 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 65 Jahre) versorgt werden. Das sind damit doppelt so viele wie heute.

Ungeachtet gesellschaftlicher Spannungslagen kann manche Arbeit auch als ein lebensqualitätserhaltendes Element gleichfalls im höheren Alter verstanden werden. Wollen möglicherweise auch mehr ArbeitnehmerInnen in Zukunft Beruf und Verantwortung mit nahe stehenden Familienangehörigen verbinden?

Ergebnisse der Umfrage an der Alice Salomon Hochschule

Auch zunehmend mehr KollegInnen an der ASH werden sich die Fragen stellen: Wie können sie so lange wie möglich im Berufsprozess verbleiben und ihre älter werdenden nahen Angehörigen gleichzeitig gut versorgen? Wie können ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen ihre Produktivität in der Arbeits- und Familienwelt gemeinsam sichern? Welche gesetzlichen und betrieblichen Unterstützungsmaßnahmen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf existieren schon und welche sollten in Zukunft stärker an Bedeutung gewinnen?

An der bereits erwähnten Umfrage haben 42 von ungefähr 80 informierten Beschäftigten, inklusive wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, teilgenommen und gaben dazu Auskunft.

Die Frage, ob zum gegenwärtigen Zeitpunkt gepflegt wird oder eine solche Situation eventuell in Zukunft eintreten könnte, wurde von 15 der 42 Beteiligten mit Ja beantwortet. Die deutliche Mehrheit aller Antwortenden, 64 Prozent, pflegt also zum gegenwärtigen Zeitpunkt (noch) nicht. 36 Prozent aller, die an der Umfrage teilgenommen haben, pflegen. Interessant ist vielleicht noch zu erwähnen, dass fast die Hälfte der Betroffenen nicht nur einen, sondern zwei oder sogar drei Menschen pflegt.

Auf die Frage, wer gepflegt wird, wurden vor allem Familienangehörige genannt. Zwei Nennungen weisen auf die Versorgung von Personen aus dem näheren Bekanntenkreis hin. Obwohl der erweiterte Familienbegriff, der besagt, dass sich Familie auch aus denen zusammensetzen kann, zu denen Menschen eine enge Bindung haben und Solidarität und Fürsorge leben und erfahren, wie beispielsweise FreundInnen, NachbarInnen, KollegInnen und Ähnliches, im Leitbild der ASH formuliert wurde, ist dieser Personenkreis bei den Befragten mit einer Pflegesituation zurzeit noch nicht relevant.

9 der 15 befragten Pflegenden gaben an, dass sie zwischen 3 und 12 Stunden in der Woche pflegen.

Unterstützung durch den Betrieb

Laut der Umfrage werden folgende staatliche und betriebliche Unterstützungsleistungen als nützlich erachtet – unabhängig davon, ob bereits gepflegt wird oder nicht: Tele- und Heimarbeit (eine Dienstvereinbarung an der ASH existiert), Freistellung nach Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz, flexible Arbeitszeiten (siehe Dienstvereinbarung an der ASH), außerdem nach § 28 TV-L formulierter Sonderurlaub, ein betriebliches Wertguthabenkonto zum Ansparen von Zeit oder Geld, Darlehensmodell entsprechend des Familienpflegezeitgesetzes.

In der offenen Abschlussfrage konnten alle Befragten ihre Wünsche hinsichtlich einer Organisationskultur und weiteren Unterstützungsmaßnahmen äußern, die es ihnen leicht machen würden, Familien- und Berufsarbeit zu vereinbaren. Die drei häufigsten Antworten sind: Mehr Flexibilität bei der Gestaltung von Arbeitszeit, mehr Informationsveranstaltungen zum Thema Pflege an der ASH, mehr Sensibilität aller Mitglieder der Institution für die entsprechenden KollegInnen inklusive eines stärkeren kollegialen Verhaltens.

Somit werden hier Wünsche geäußert, die eher auf eine verbesserte Akzeptanz im Betrieb von familiär erbrachten Pflegeleistungen hinweisen und auf eine Organisationsstruktur, die zeitweise und flexible Abwesenheiten einzelner Institutionsmitglieder kollegial und produktiv zu berücksichtigen weiß.

Anspruch auf Freistellung nutzen

Um auf Herrn Vielzutun zurückzukommen: Welche schon existenten gesetzlichen und betrieblichen Unterstützungsmaßnahmen sind in seiner Situation möglich, um die Versorgung des Vaters entspannt zu meistern? Er kann beispielsweise den im Pflegezeitgesetz verankerten Anspruch auf zehn Tage Freistellung nutzen, um in dieser Notsituation kurzfristig und kurzzeitig von der Arbeit fernzubleiben. Er erhält dafür eine Lohnersatzleistung von der Pflegekasse in Höhe von 90 Prozent seines Nettogehaltes. Gleichzeitig kann er auch später, nach der Rückkehr zum Arbeitgeber ASH, mit Hilfe der erwähnten Dienstvereinbarung zu den flexiblen Arbeitszeiten so über seine Arbeitszeit verfügen, dass er sowohl den Ansprüchen des Arbeitgebers als auch den Bedürfnissen des Vaters nach familiärer Zuwendung und Versorgung in der letzten Lebensphase gerecht werden kann.

Pflegen und Beruf an der ASH? Ja, das geht – mit staatlichen und betrieblichen Vereinbarkeitsmaßnahmen. ■

Die Zahlen zu den gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen finden sich unter: Bundesministerium des Inneren, Demografiebericht, 2011

Kerstin Miersch, Personalrätin an der Alice Salomon Hochschule

FOTO: PRIVAT

Lernen von Hiroshima

Die Zeitzeugin Setsuko Thurlow fordert SchülerInnen zum Lesen, Denken und Handeln auf.

von Uli Scholz

Am Morgen des 6. August 1945 zündete die US-Luftwaffe 600 Meter über Hiroshima die Atombombe. Knapp zwei Kilometer vom Point Zero entfernt ließ die japanische Armee SchülerInnen im Dechiffrieren unterrichten, im zweiten Stock eines Holzhauses. Die KindersoldatInnen starben, nur eine kroch unter den brennenden Trümmern hervor. Die 13-jährige Setsuko Thurlow konnte zwei Tage später aus Hiroshima fliehen. Deswegen starb sie nicht, wurde Hibakusha, also eine, die vom Inferno erzählen kann. Das tat sie Jahrzehnte lang, auf internationalen Konferenzen, in der UNO-Vollversammlung, am liebsten aber vor Jugendlichen. Am 29. Juni 2015 sprach sie mit SchülerInnen der Johanna-Eck-Schule in Berlin-Tempelhof, vermittelt durch die AG Frieden der GEW BERLIN.

Ein sonniger Morgen sei es bis circa 8.15 Uhr gewesen. Aber dann war es über den zertrümmerten Häusern dunkel vom Rauch. Menschen taumelten in einer Richtung, weg vom Zentrum der Stadt. Die 13-Jährige erkennt sie nicht als Menschen, sieht in ihnen »Objekte«, fürchterlich entstellt, die über Leichen und Sterbende steigen, auf einen Hügel zu, wo sie die Nacht verbringen werden, auf das Flammenmeer starrend, den Sterbenden tropfenweise Wasser in den Mund pressend, ausgewrungen aus der eigenen Kleidung, die man mit Flusswasser tränkt. Die Arme halb erhoben, die Handrücken himmelwärts, wiegen die nicht mehr lange Lebensfähigen ihre Oberkörper hin und her, von ihren Händen hängt die Haut, von ihren Armen hängen Muskeln in langen Streifen herunter. Sie sollen wohl nicht auf der Erde schleifen, daher die seltsame Einheitlichkeit in diesem Sich-Wiegen, an das sich Thurlow beklemmend erinnert.

Setsuko Thurlow vor den SchülerInnen

»Schon beim Einsatz der Bombe sind sie ›Versuchskaninchen‹ gewesen.«

Die BewohnerInnen Hiroshimas hätten nicht gewusst, dass eine Atomwaffe sie getroffen habe, antwortet Thurlow einem Schüler. »Jetzt haben sie uns auch erwischt«, sei ihr erster Gedanke gewesen, als sie unter den Trümmern zu sich kam, hatte sie doch von der Zerstörung Tokios und anderer Großstädte zuvor schon gehört. Wie sie die US-AmerikanerInnen jetzt sieht, beantwortet die heutige Kanadierin nicht. Damals hätten sich diejenigen, die Hiroshima verlassen konnten und deswegen dem Strahlentod entrannen, gedemütigt gefühlt: Schon beim Einsatz der Bombe seien sie »Versuchskaninchen« gewesen. Später sei das auf die Behandlung der Atombombenopfer spezialisierte Krankenhaus das streng abgeschirmte US-Hospital in Hiroshima gewesen. Dort hätten die PatientInnen weiter als Versuchskaninchen gedient und mussten unterschreiben, dass sie über die Behandlung nicht redeten.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen die SchülerInnen, wie Thurlow von der Behandlung der Hibakushas durch die japanischen Landsleute erzählt: Respektiert als Opfer, aber isoliert als TrägerInnen der hochgefährlichen, vielleicht ansteckenden Strahlenkrankheit. Eine Zwischenposition, ein Gefühl, nicht voll dazuzugehören, ist den ZuhörerInnen nicht fremd. Den Jugendlichen ist wichtig, dass ihre Klasse 9.5 eine Regelklasse, keine »Willkommensklasse« mehr ist. Ihnen ist wichtig dazuzugehören, nachdem sie von vier Kontinenten, aus verschiedensten Ländern nach Berlin flüchteten, manche mit, manche ohne Eltern oder Verwandte. Thurlow, ihre Mitarbeiterin Kathleen Sullivan und Maria Lohbeck, die Aktivistin von Ican Germany (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons), loben später das fokussierte Interesse der Klasse, das präzise Nachfragen. »Was können wir gegen solche Waffen tun?«, wird gefragt. Informationen suchen – kritisch nachdenken – aktiv werden – so die Antwort.

Uli Scholz, Lehrer an der Johanna-Eck-Schule und in der AG Frieden der GEW BERLIN.

FOTOS: PRIVAT

ANZEIGE

GEW-KALENDER 2016: Jetzt bestellen!

Bitte senden Sie mir den GEW-Kalender 2016 (Ringbucheinlage mit Jahreskalendarium) an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Adresse

.....
Datum / Unterschrift

Online bestellen unter www.gew-berlin.de/kalender.php

Von Karawanen, Wüsten und Oasen – Märchen und Geschichten aus der arabischen Welt spielen die Hauptrolle bei den diesjährigen Berliner Märchentagen, die vom 5. bis 22. November zum 26. Mal stattfinden. *FOTO: FEENSTAUB, CATHRIN BACH*

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

»Alle da« bei **Atze**: »Eine Inszenierung zu den Themen Krieg, Flucht, Migration und dem Reichtum kultureller Vielfalt. Frei nach dem Bilderbuch von Anja Tuckermann/ Kristine Schulz«. »Alle da« ist eigentlich (auch im Buch von Anja Tuckermann schon) ein anthropologischer Theorietext zur Situation des Menschen in dieser Welt; Atze reichert den Text an durch eine Fülle weiterer Statements zu unserer Gegenwart. Das wird dann aber durch Regie und Spiel derart körperlich und emotional in die Begegnung dreier SchauspielerInnen hineingeholt, dass die Zusammenhänge auch für ein junges Publikum verständlich, vor allem aber emotional nachvollziehbar werden. Die Aufführung beginnt mit dem Blick eines Astronauten von außen auf unsere zerbrechliche Erde; sie kommt dann sehr schnell zu unserer Gegenwart und zur direkten Konfrontation mit den aktuellen Ereignissen. Rasant gespielt; dicht am Publikum, manchmal im direkten (improvisierten) Kontakt; inhaltlich schwergewichtig, aber kein aufgesetztes Dozieren, sondern Mitteilungen aus persönlicher Betroffenheit. Mitreißendes Theater also und zugleich ein wichtiger Beitrag zur politischen Aufklärung (ab 10 Jahren). Und nicht zu vergessen: Atze ist immer noch nicht frei von seinen juristisch-finanziellen Schwierigkeiten. Es wird Zeit, dass der Berliner Senat reagiert!

»SommerNachtTraum« bei **Strahl** konzentriert Shakespeares Sommernachtstraum auf die Geschichte der beiden Liebespaare und das Verwirrspiel von Puck und Oberon; Stimme und die befehlende Autorität des Vaters werden über Mikro deutlich. Es gibt zum einen wortlos-wilde, körperlich rasante Bewegungssequenzen auf den sich mehr und mehr desintegrierenden Bühnenelementen: der »Wald« von Athen, in den das Liebespaar geflohen ist, wird zum Bild der inneren Gefühlszerrissenheit, zeigt das Chaos der Emotionen. Das ist fast akrobatisch, getragen von hohem Tempo und körperlich-tänzerischer Präsenz: nahezu ein eigenes, furioses Tanzstück mit wenig veränderten, quasi beliebigen Wiederholungen, in denen der auslösende Missgriff des Puck fast untergeht. Richtig lebendig wurde für mich das zauberhafte Stück Shakespeares immer dann, wenn es über Sprache transportiert wurde – wenn die jungen Paare, gefangen in ihren Projektionen, sich zu überzeugen versuchen, aber aus ihren Verwirrungen nicht lösen können – bis endlich Puck nachhilft (ab 13).

»Westberlin« in der **Schaubühne** ist zunächst wirklich »Schau«-Bühne mit attraktiver Ausstattung: ein eher »vornehmes« Restaurant mit einer Fülle von überraschenden szenischen Verwandlungen. Inhaltlich ist die Nachzeichnung von Westberliner Geschichte und Westberliner Eigenart eher äußerlich, platt, unterlegt mit belanglosem, auf Pointen zielenden Conferencier-Geplauder. Anders die auch inhaltlich starke Szene, wenn Schahbesuch und Benno-Ohnesorg-Geschichte von einer Kellnerin mit Gläsern, Salzstangen, Besteck realisiert werden. Auch zwischendurch gibt es einzelne eindrucksvolle Figuren. Andere Szenen hangeln sich mühsam durch die Berliner Geschichte(n), immer wieder zugeschwätzt. Also: keine gute Möglichkeit, die Westberliner Geschichte für ein junges Publikum zu vermitteln (ab 15, würde ich denken).

Hans-Wolfgang Nickel

MATERIALIEN

Mit dem Storch in den Süden fliegen

Ab diesem Jahr können Kinder den Störchen auf ihrer abenteuerlichen Reise in den warmen Süden folgen. Im Spiel »Ein Storch auf Reisen« der Naturschutzjugend (NAJU) im Naturschutzbund (NABU) erarbeiten sie sich die Route ihres Spielstorches auf einer großen Weltkarte. Zur Verfügung stehen deutschlandweit 30 umweltpädagogische Spielkoffer. Es gibt 24 Länderstationen mit Spielfiguren, welche mit Material zum Experimentieren, Tüfteln und Entdecken ausgestattet sind. Das Spiel soll die Umweltbildung, Globales und Interkulturelles Lernen im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung verbinden. Kinder bekommen die Möglichkeit, die Reise der Störche in Echtzeit online zu verfolgen und zu erleben. Das Projekt wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert. Ebenso wurde es von der Deutschen UNESCO-Kommission als Projekt der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« ausgezeichnet: www.storchenreise.de

AKTIVITÄTEN

Wettbewerb Demokratisch Handeln

Demokratie heißt mitmachen, nachfragen, sich einmischen. SchülerInnen, die in diesem Sinne Projekte und Initiativen für Demokratie verwirklichen, können am »Wettbewerb Demokratisch Handeln« teilnehmen. Gesucht werden vor allem Projekte, bei denen die SchülerInnen, egal ob einzeln oder als Arbeitsgruppe, eigenverantwortlich arbeiten. Aber auch Lehrkräfte sowie beteiligte Eltern und JugendarbeiterInnen können ihre Projekte einreichen. Die GewinnerInnen werden zur Teilnahme an der »Lernstatt Demokratie«, einer Kinder- und Jugendkonferenz eingeladen, wo sie ihre Ergebnisse präsentieren können. Neben der Möglichkeit des Erfahrungsaustausches bietet die »Lernstatt Demokratie« auch Workshops an, in denen kreative Ausdrucksfor-

men wie Videoarbeit, Radio, Kabarett, Theater oder Musikproduktionen im Mittelpunkt stehen. Eine Bewerbung ist bis zum 30. November möglich. Mehr Infos: www.demokratisch-handeln.de

Anfassen und Diskutieren
Supermärkte, so trivial und gewöhnlich sie auch sind, spiegeln wie kaum ein anderer Ort die Alltäglichkeit von Rassismen und Sexismen in Deutschland wider. Besucht die interaktive Führung durch die Wanderausstellung Einkaufsgenossenschaft antirassistischer Widerstand (Edewa), mit antikolonialen und rassismuskritischen Produkten zum Anfassen und Diskutieren. Die Führungen sind besonders für Schulklassen (ab Jahrgangsstufe 10 / Alter 16) zu empfehlen. Die Ausstellung soll zu einem neuen und gestärkten Bewusstsein der BesucherInnen beitragen. Ort: Weserstr. 179, Berlin-Neukölln, Zeitraum: 15.11. bis 12.12.15, Gruppen: maximal 15 Personen. Mehr Infos: www.edewa.info

Lasst uns Demokratie erleben!
Zum zehnjährigen Jubiläum des Magdeburger Manifests zur Demokratiepädagogik und der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) plant diese eine dreiteilige Veranstaltung am 16. und 17. November 2015 in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Im Rahmen der Veranstaltung wird erstmals der »DemokratieErleben-Preis für die demokratische Schulentwicklung« verliehen. Es werden drei Schulen geehrt, die Kinder und Jugendliche darin fördern, aktiv und verantwortlich die Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform mitzugestalten. Ein Ziel der Konferenz ist, eine gemeinsame Plattform zum Austausch, zur Diskussion oder zum Vernetzen für Schulen ins Leben zu rufen, die demokratiepädagogisch arbeiten wollen. Weitere Infos und Anmeldung: inkongress.de/10jahre-degede/anmeldung

Wo sind die Helden?
»Heroes« ist ein Projekt der geschlechterreflektierten Jungenarbeit, zur Demokratieförderung, für Gleichberechtigung und Menschenrechte. In dem Projekt machen sich junge männliche Migranten gegen die Unterdrückungsmechanismen im Namen der Ehre stark und engagieren sich für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Männern und Frauen jeglicher Kultur. Im Fokus von »Heroes« steht, die jungen Männer mit kreativen und pädagogischen Methoden zu motivieren, Stellung zu beziehen. Sie sollen somit zu Vorbildern und Modellen für Gleichberechtigung in der Mehrheitsgesellschaft werden. Die jungen Männer werden von zwei Gruppenleitern mit türkischem und arabischem Hintergrund ausgebildet. Mehr Infos: www.strohhalm-ev.de

Fairplayer Manual
Das Projekt »Fairplayer Manual« ist ein Fortbildungsprogramm, das der Prävention von Mobbing an Schulen dienen und zu mehr Verantwortung und Toleranz bewegen soll. Mobbing und andere Formen von Gewalt treten in der Schule, in der Freizeit oder im Internet auf. Ziel ist es, einzugreifen, wenn es notwendig ist. In der Fortbildung geht es um verschiedene Gewaltformen, Zivilcourage und Rollenspiele in der Gruppe. Die Fortbildung richtet sich an das komplette pädagogische Schulpersonal. Ein geringer Eigenanteil an den Kosten ist von der Schule zu tragen. Mehr Infos: www.fairplayer-fortbildung.de

Konzert in Köpenick
Weihnachtliches Konzert mit dem Chorensemble Köpenick am Sonntag, den 6. Dezember im Rathaus Köpenick, Beginn 16 Uhr. Vorher gibt es ein Kaffeetrinken im Altstadtcafé Köpenick von 14 bis 15 Uhr. Interessierte melden sich bitte bei Harald Berger, Tel. 555 63 60.

SENIORINNEN

Die Veranstaltungen der SeniorInnen sind selbstverständlich offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste. Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden.

Veranstaltungen des LSA/der Jungen Alten
• *Besuch der Ausstellung »Homosexualität_en«* im Deutschen Historischen Museum mit Führung, 20. November, Treffpunkt 12 Uhr im Foyer des DHM, Unter den Linden 2. Eintritt 8 Euro + 4 Euro Führung. Kontakt: Reinhard Brettel, Tel. 69 81 69 31

• *Besuch des Anti-Kriegs-Museums*, 14. Dezember, Treffpunkt 16 Uhr Brüsseler Str. 21 (Anfahrt mit U9 bis Amrumer Str., Fußweg 500 m), Eintritt frei, Kontakt: Reinhard Brettel, Tel. 69816931

• *GEW-Stammtisch für RuheständlerInnen:* 25. November von 14.30 bis 16.30 Uhr im »Ulrichs – Café, Küche und Kultur« in der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11/Eingang Ahornstraße, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

• *GEW-Chor:* 18. November und 16. Dezember um 17 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

• *GEW-Singkreis:* 25. November und 9. Dezember, um 17.30 Uhr im GEW-Haus, Ahornstr. 5, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 471 61 74

BSA Lichtenberg
Adventsfahrt ins Oderbruch, 9. Dezember: Über Neuhardenberg, wo wir die Schinkelkirche besichtigen und einen Spaziergang im Schlosspark unternehmen, geht unsere Fahrt nach Friedersdorf. Im Kunstspeicher gibt es Mittagessen und die Möglichkeit, im Speicherladen zu stöbern. Eine Fahrt durchs Oderbruch mit einem Gang auf dem Oderdamm schließt sich an. Im Museum »Die Kinder von Golzow« erfahren wir etwas über diese einzigartige Langzeitdokumentation. Der Tag wird abgerundet mit einer Kaffeetafel und musikalischer Unterhaltung. Treffpunkt: 8 Uhr S-und U-Bahnhof Lichtenberg, Einbecker Straße, Rückkehr gegen 19 Uhr, Kosten: 48 Euro für Mitglieder der GEW Gruppe Lichtenberg, 53 Euro für weitere TeilnehmerInnen, Anmeldung noch bis 20. November bei Erich Juhnke, Tel. 9757564

BSA Pankow
Abschlussveranstaltung: Rückblick auf 2015 – Ausblick auf 2016, am 24. November: Wolfgang Reuter wird uns mit einem musikalisch-literarischen Programm erfreuen. Treffpunkt 14 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Am Friedrichshain 15/ Ecke Bötzowstraße, Kontakt: Kollegin Slateff, Tel. 9 86 48 37.

INTERNET

Refugee-Phrasebook
Die Organisation Refugee Help hat ein Projekt »Refugee-Phrasebook« gestartet. Das Refugee-Phrasebook ist ein kostenloser, mehrsprachiger Sprachführer mit Vokabeln und

Phrasen, um Geflüchtete und HelferInnen bei der Verständigung zu unterstützen. Es ist online abrufbar und kann weiter bearbeitet werden. So kann es jeder frei verwenden, erweitern, zusammenstellen, drucken, auf A5 falten, abheften und verteilen. Es wird bereits überlegt, das Refugee-Phrasebook als App auf das Smartphone zu bringen. Weitere Infos: www.refugeephrasebook.de

Ich studiere bei »Kiron«
Markus Kressler und Vincent Zimmer gründen eine eigene Online-Universität. Unbürokratisch soll sie sein und sich an Geflüchtete richten. Kiron University heißt das Projekt, bei dem Geflüchtete und Papierlose ihr Studium ohne Hürden fortsetzen und einen international anerkannten Abschluss machen können sollen. Das Studium soll zunächst online mit Hilfe von E-Learning-Angeboten ablaufen. Die Studierenden können ihr Studium als AsylbewerberInnen starten und ab dem dritten Jahr dann an einer klassischen Hochschule zu Ende bringen, wo die bis dato erbrachten Leistungsnachweise nachträglich anerkannt würden. Voraussetzung für die Anerkennung durch die Partneruniversität ist, dass bis dahin ein Aufenthaltsstatus vorliegt. »Hauptsache erstmal anfangen«, sei die Devise, so Kressler. Studiengebühren und Zulassungsbeschränkungen soll es nicht geben. Die größten Hindernisse für das Projekt sind momentan die Lizensierungsgebühren der Online-Kurse von deutschen und internationalen Universitäten. Zur Finanzierung haben die Gründer eine Crowdfunding-Kampagne gestartet.

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Extra günstige Kredite für Sparfüchse
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €. Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

KLASSEnREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 235,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab EUR 220,-

Oder Österreich...Holland...Frankreich...Kroatien...Deutschland
Städtereisen: Berlin, München, Hamburg, Köln, Dresden, Weimar, Freiburg
Amsterdam, Brüssel, Paris, London, Straßburg, Wien, Krakau, Rom, Prag...
Günstige Flugreisen in viele europäische Metropolen...
Tel. 030/3030836
KLASSE REISEN GmbH • www.klasse-reisen.com • mail@klasse-reisen.com

Von hier an ... ... geht es aufwärts!
Klinik am Leisberg BADEN-BADEN
Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der Rahmen für unser erfolgreiches Therapieangebot in freundlicher Atmosphäre. Hier werden Sie sich wohlfühlen und gesund werden!
Indikationen:
Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe
Privatklinik für psychologische Medizin. Akutaufnahme möglich, wir beraten Sie gern!
Gunzenbachstraße 8 · 76530 Baden-Baden · Telefon 07221 / 39 39 3-0
Fax 07221/39 39 3-50 · www.leisberg-klinik.de · info@leisberg-klinik.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Ihre Farbanzeige in der bbz
Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 125,28 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«.
Tel. 030 - 613 93 60 oder info@bleifrei-berlin.de

LockeToursBerlin
Abruzzen im Herzen der Natur ab 645 EUR
Natürliche Emotionen auch für Familien
Baltische Länder per Rad ab 1295 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 1280 EUR
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Kindern eine Kindheit geben
Kinderarbeit ist ein Armutszeugnis – in doppelter Hinsicht. Sie ist ein Zeugnis von Armut.
Jetzt mitmachen und spenden:
Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr. 375 1880 188
Bbz 700 20 500
www.fair-childhood.eu

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. zu Geschichte, Politik, Literatur, Kunst, Sprachen, Lernhilfen...
Mehringdamm 66 Mo-Fr 10-20 Uhr
10961 Berlin Sa 10-18 Uhr
030/789 51 797 extrabuch@t-online.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2015
- Friedens- und Konfliktforschung: Global Competence – eine Lösung?
- Interkulturelle Kommunikationskompetenz
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Improvisation u. Singen – Impulse f. d. Stimmarbeit
- Rhetorik, Stimm- und Sprechtraining
- Ressource Lampenfieber

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

bleifrei Medien Kommunikation
Erkelenzdamm 9
10999 Berlin
Tel.: 61 39 36-0
info@bleifrei-berlin.de

BUSART-TOURS GmbH
...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0
Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

10. NOV. 16.30 Uhr	**AG Gesundheit**	Raum 33
10. NOV. 17.00 Uhr	**Info-Veranstaltung zum Referendariat**	Raum 31/32
10. NOV. 17.00 Uhr	**Runder Tisch Gemeinschaftsschule**	Raum 47
10. NOV. 17.00 Uhr	**AG Jugendamt**	Raum 300
10. NOV. 19.00 Uhr	**LAMA**	Raum 33
11. NOV. 17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 47
11. NOV. 17.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 300
11. NOV. 17.30 Uhr	**FG Grundschule**	Foyer
11. NOV. 19.00 Uhr	**FG KiJuSo**	Raum 34
12. NOV. 17.00 Uhr	**FG ISS**	Raum 34
12. NOV. 17.00 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 33
18. NOV. 15.00 Uhr	**LSA/Junge Alte**	Raum 33
18. NOV. 16.00 Uhr	**VB KiJuSo + FG Schulsozialarbeit**	Raum 47
18. NOV. 17.00 Uhr	**Chor**	Raum 300
19. NOV. 18.00 Uhr	**Bundesfachgruppe Schulaufsicht**	Raum 33/34
19.NOV. 18.00 Uhr	**Kita AG**	Raum 47
19. NOV. 18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 32/300
19. NOV. 18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 31
25. NOV. 17.00 Uhr	**Info-Veranstaltung Quereinstieg**	Raum 31/32
26. NOV. 16.30 Uhr	**AG Jugendliteratur und Medien**	Raum 47
26. NOV. 17.00 Uhr	**»Warum sollen ErzieherInnen studieren«**	Raum 31/32
26. NOV. 18.00 Uhr	**Mitgliederversammlung Junge GEW**	Raum 33
02. DEZ. 17.00 Uhr	**Chor**	Raum 33
03. DEZ. 17.00 Uhr	**Veranstaltung »Herausforderung Kinder«**	Raum 31/32
03. DEZ. 17.00 Uhr	**bbz-Redaktionssitzung**	Raum 47

TTIP-Demo in Berlin am 10. Oktober 2015 *FOTO: JAKOB HUBER*

THEMENABEND WILLKOMMENSKLASSEN

Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, um eine erfolgreiche Integration der geflüchteten SchülerInnen zu sichern? Wie gehen wir mit den Herausforderungen der Lerngruppen für Neuzugänge ohne deutsche Sprachkenntnisse um? Wie reagieren wir auf das Fehlen verbindlicher Vorgaben zu Unterrichtsinhalten in den Willkommensklassen? Über diese und andere Fragen wollen wir uns mit euch bei einem Themenabend Willkommensklassen austauschen. **Am 18. November von 18 bis 21 Uhr im GEW Haus.** Eingeladen sind sowohl in den Willkommensklassen Beschäftigte als auch Interessierte.

FRISTVERTRAG – UND WIE WEITER?

Die Informationsveranstaltung für Promovierende und Postdocs am **26. November von 18 bis 20 Uhr** thematisiert das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Im Hauptgebäude der Humboldt-Universität, Raum 2249 a, Anmeldungen an info@gew-berlin.de

BERLIN-TAG

Der Berlin-Tag der Senatsbildungsverwaltung am **14. November von 10 bis 14 Uhr** ist eine Veranstaltung für Lehrkräfte, LehramtsanwärterInnen und Interessierte. Diese können sich im Ludwig-Erhard-Haus über ihre beruflichen Perspektiven in Berlin informieren.

SCHWERPUNKT QUEREINSTEIGERINNEN

Die Fachgruppe Integrierte Sekundarschulen (ISS) lädt am **3. Dezember von 17 bis 20 Uhr** zur Mitgliederversammlung im GEW Haus ein. Schwerpunkt wird das Thema QuereinsteigerInnen sein.